

Script Rundschreiben Länder- und Marktinformationen

LMI_Nr. 1.docx

Länder- und Marktinformationen

Afrika

ÄGYPTEN / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Wirtschaftliche Situation verbessert
ANGOLA / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Hohe Ölpreise treiben den Aufschwung
TANSANIA / ENERGIEERZEUGUNG: Stromrationierung trotz Überkapazitäten
TANSANIA / WASSERVERSORGUNG: Dürre zeigt die Schwächen auf

Amerika

ARGENTINIEN / KONJUNKTUR: Schwere Dürre trübt Aussichten weiter ein
BRASILIEN / ZOLL & STEUERN: Fristen des PRLF
VENEZUELA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Gespräche mit ConocoPhillips zur Schuldentilgung

Asien/Ozeanien

CHINA / INFRASTRUKTUR: Seidenstraße-Initiative ist noch nicht abgeschrieben
CHINA / KONJUNKTUR: Globale Wirtschaft wird den Bevölkerungsschwund spüren
CHINA / KONJUNKTUR: Neues Jahr, neues Glück
CHINA / KONJUNKTUR: Wirtschaft wächst 2022 nur um 3%
CHINA / KONJUNKTUR: Wirtschaft der zwei Geschwindigkeiten
CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Beijing verunsichert die Unternehmen
INDONESIEN / PERSONAL: Mindestlöhne steigen um 7,5%
JAPAN / GELDPOLITIK: Yen gewinnt Status als sicherer Hafen zurück
JAPAN / ROHSTOFFE: Versorgungssicherheit bei Seltenen Erden soll steigen
KAMBODSCHA / KONJUNKTUR: Wirtschaft erholt sich
MALAYSIA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Anwar Ibrahim soll es richten
MYANMAR / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Herausforderungen türmen sich auf
TAIWAN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Ausfuhrbeschränkungen ausgeweitet
THAILAND / MEDIZINTECHNIK: Stabiler Wachstumspfad

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: China verliert im Export an Bedeutung
DEUTSCHLAND / EXPORTFINANZIERUNG: Unterstützung für KMU bei Small Tickets
DEUTSCHLAND / RECHT: Das mittelbare Bereitstellungsverbot...
EUROPA / SELTENE ERDEN: Fund in Schweden birgt Hoffnung auf ein Stück Unabhängigkeit von China
EUROPA / ZOLL: EU: Aktualisierung der Aussetzungen und Kontingente
NORWEGEN / ZOLL: Die neuen Vorschriften für 2023
POLEN / FORDERUNGSMANAGEMENT: Zahlungsdisziplin verschlechtert sich
SCHWEIZ / ZOLL: Keine Agentenpflicht

Osteuropa und Zentralasien

ARMENIEN / INDUSTRIE: Importiertes Rohmaterial von der Mehrwertsteuer befreit
KAUKASUS / WIRTSCHAFT & POLITIK: „Korridore“ werden zum Zankapfel
KIRGISISTAN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Ausfuhrverbot für Bargeld in Fremdwährung
RUSSLAND / FAHRZEUGE: Chinesen erobern den Automarkt
RUSSLAND / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: Der Aderlass bei Fachkräften...
USBEKISTAN / BANKEN: UzAgroExportBank wird privatisiert

Naher Osten und mittlerer Osten

SAUDI-ARABIEN / CHEMIE: Hohe Investitionen
TÜRKEI / KONJUNKTUR: „Betreten verboten wegen Einsturzgefahr“

Welt

WELT / AUSSENHANDEL: Grünere und diversifiziertere Lieferketten haben ihren Preis
WELT / KONJUNKTUR: Deutschland fällt als Wirtschaftsstandort zurück

WELT / KONJUNKTUR: Handelsströme verlagern sich, werden aber nicht zurückgedreht

WELT / ROHSTOFFE: Preise rechtfertigen leichten Optimismus

WELT / UMWELTSCHUTZ: Minderung grenzüberschreitender Risiken

Anleitung:

ÄGYPTEN / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Wirtschaftliche Situation verbessert

Die wirtschaftliche Lage Ägyptens hat sich in den Jahren vor der Corona-Pandemie erheblich verbessert. Durch die Umsetzung von Wirtschaftsreformen im Rahmen eines dreijährigen IWF-Programms (2016-19) konnte das Land seine makroökonomische Situation stabilisieren, die öffentliche Finanzlage schrittweise konsolidieren und eine Zahlungsbilanzkrise vermeiden.

Infolgedessen stufte Credendo das mittel- bis langfristige politische Risiko im Jahr 2019 auf Kategorie 5 herauf. Trotz der Verbesserungen blieb die Risikoeinschätzung jedoch weiterhin durch erhebliche Schwachstellen belastet, die durch die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukrainekriegs noch verschärft wurden. Diese Schocks setzten Ägyptens Haushaltsaldo sowie Außenbeitrag erneut unter Druck und die Risikoaussichten für das Land haben sich folglich wieder verschlechtert.

Als Nettoimporteur von Nahrungsmitteln und Öl leidet Ägypten unter dem starken Anstieg der Rohstoffpreise. Darüber hinaus bilden die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und die schwachen öffentlichen Finanzen einen gefährlichen Cocktail im Kontext einer drastischen Verschärfung der globalen Finanzbedingungen. Nicht zuletzt hat sich der Netto-Auslandsvermögensstatus in den letzten zehn Jahren stetig verschlechtert, was sich durch das IWF-Hilfsprogramm sowie weitere Kredite bilateraler und multilateraler Geber weiter fortsetzen dürfte.

Erhebliche makroökonomische Ungleichgewichte

Ägypten hat den Schock der Corona-Pandemie relativ gut überstanden und gehörte zu den Ländern, die nur im Finanzjahr 2020 einen wirtschaftlichen Abschwung erlebten. Im FJ22/23 wird erneut ein kräftiges Wirtschaftswachstum erwartet und auch mittelfristig dürfte die ägyptische Wirtschaft dank staatlicher Infrastruktur- und Energieprojekte hohe Wachstumsraten erzielen.

Trotz des kräftigen Wachstumskurses bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Ungleichgewichte. Zu den wichtigsten Schwachstellen gehören ein kleiner Exportsektor, geringe Ersparnisse und Investitionen, eine niedrige Produktivität und der große informelle Sektor des Landes. Die starke Rolle des Staates in der Wirtschaft ist ein weiteres strukturelles Ungleichgewicht, das ausländische Direktinvestitionen abschreckt und die Entwicklung der Privatwirtschaft behindert. Eine Verbesserung des Geschäftsumfelds für die Privatwirtschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für ein stärkeres und ausgewogeneres Wirtschaftswachstum.

Dies ist auch als ein Ziel im kürzlich angekündigten IWF Programm genannt. Die ägyptische Regierung hat mehrfach ihre Bereitschaft bekundet, einen Teil der Wirtschaft zu privatisieren, angesichts zahlreicher Eigeninteressen wird die Umsetzung nötiger Reformen zur Stärkung der Privatwirtschaft jedoch als sehr schwierig angesehen.

Anfälligkeit der Staatsfinanzen noch verstärkt

Die ägyptischen Staatsfinanzen hatten sich vor der Pandemie dank struktureller Reformen im Rahmen des laufenden IWF-Programms und dem anhaltenden Wirtschaftswachstum nachhaltiger entwickelt. Beispielsweise ging die öffentliche Schuldenlast nach ihrem Höchststand von 97,8% des BIP im Geschäftsjahr 2016/17 deutlich zurück und erreichte nach nur zwei Jahren 80% des BIP. Doch trotz der fortgesetzten Konsolidierungsbemühungen - mit einem Primärüberschuss seit dem Geschäftsjahr 2018/19 und einem allmählichen Rückgang der Gesamtverschuldung (auf geschätzte 86% des BIP in 2022/23) - sind die Zinszahlungen im Verhältnis zu den öffentlichen Einnahmen unverändert sehr hoch: 43% im Geschäftsjahr 2022/23, der vierthöchste Wert weltweit (nach Sri Lanka, Ghana und Pakistan), auch im kommenden Finanzjahr ist ein vergleichbares Niveau zu erwarten.

Die enorme Zinsbelastung ist eine Folge der bis zu diesem Jahr verfolgten Geldpolitik hoher Zinsen, um ausländisches Kapital anzulocken. Dies trieb jedoch auch die Zinszahlungen für die ägyptischen Staatsschulden in die Höhe, da diese weitgehend im Inland finanziert werden.

Entlastend wirkt, dass ein Großteil der öffentlichen Schulden auf Landeswährung lautet und bei inländischen Finanzinstituten finanziert wird. Dies bedeutet jedoch auch, dass der Bankensektor eng mit dem öffentlichen Sektor verbunden ist, so dass eine Restrukturierung der inländischen Staatsverschuldung unweigerlich den Bankensektor und seine Fähigkeit zur Unterstützung des Privatsektors beeinträchtigen würde.

Leistungsbilanz seit Jahrzehnten defizitär

Eine der größten strukturellen Schwachstellen Ägyptens ist der begrenzte Exportsektor. Das Land ist auf private Transfers (46,6% der Leistungsbilanzeinnahmen im Jahr 2021), den Tourismus (13,1 %) und die Einnahmen aus dem Suezkanal (12,6 %) als Quelle für Deviseneinnahmen angewiesen.

Die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die globalen Lebensmittelmärkte und die Rohstoffpreise treffen Ägyptens Leistungsbilanz hart. Als Nettoimporteur von Öl und Lebensmitteln und als einer der großen Weizenimporteure hat das nordafrikanische Land infolge des kriegsbedingten Anstiegs der Rohstoffpreise einen erheblichen Druck auf die Importrechnungen erfahren. Und die direkte Abhängigkeit von der Ukraine und Russland bei den Getreideimporten sowie im Tourismussektor verschärft die Situation noch. Zur Finanzierung des strukturellen Leistungsbilanzdefizits ist Ägypten auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen.

Allerdings sind globale Investoren angesichts des Kriegs in der Ukraine und der anhaltenden Verschärfung auf den globalen Finanzmärkten in Sicherheit geflohen, so dass Ägypten stattdessen Kapitalabflüsse verzeichnet hat und die Währungsreserven auf einen Stand von unter drei Monatsimporten gefallen sind.

Zudem hat das ägyptische Pfund gegenüber dem US-Dollar stark an Wert verloren (siehe Grafik, die steigende Linie steht für Abwertung). Kurzfristig verstärkt die Abwertung den Inflationsdruck (die Inflationsrate erreichte im Oktober 16,2% gegenüber dem Vorjahr) und erhöht die Kosten für die Rückzahlung von Fremdwährungsschulden. Nichtsdestotrotz steht die Abwertung im Einklang mit der Forderung des IWF nach einem flexibleren Wechselkurs und dürfte den Druck auf die Devisenreserven verringern.

Es ist hervorzuheben, dass auch das vorherige IWF-Programm flexiblere Wechselkurse vorsah, dieses Ziel wurde jedoch de facto aufgegeben. Positiv zu vermerken ist, dass der IWF eine 46-monatige Vereinbarung über eine erweiterte Fondsfazilität in Höhe von 3 Mrd. Dollar genehmigt hat.

Das IWF-Programm dürfte auch zusätzliche Finanzmittel regionaler und multilateraler Geber erschließen. Diese neuen Darlehen wirken zwar kurzfristig positiv, erhöhen zugleich jedoch die Auslandsverschuldung des Landes, die sich derzeit auf einem moderaten Niveau befindet.

ANGOLA / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Hohe Ölpreise treiben den Aufschwung

Nach einer massiven mehrjährigen Rezession, die die Wirtschaft seit 2016 um 10% schrumpfen ließ, hat sich die angolansische Wirtschaft seit 2021 stark erholt, und für 2022 und 2023 wird ein BIP-Wachstum von 2,9 beziehungsweise 3,4% erwartet. Die hohen Ölpreise und die sich erholende Erdölproduktion haben zu einem raschen Rückgang der öffentlichen Verschuldung im Verhältnis zum BIP beigetragen, der durch die diesjährige starke Aufwertung des Kwanzas noch verstärkt wurde, wodurch sich die Zahlen der öffentlichen Finanzen des Landes deutlich verbessert haben. Dennoch sind die Wachstumsleistung Angolas und die projizierte Schulden Tragfähigkeit nach wie vor stark von einem unberechenbaren Ölmarkt abhängig.

Seit 2021 steigt die angolansische Erdölproduktion nach Jahren des Rückgangs endlich wieder an, während die internationalen Ölpreise nach der russischen Invasion in der Ukraine in die Höhe schnellten. Dies hat der wirtschaftlichen Leistung und der Finanzlage Angolas einen kräftigen Schub verliehen. Zusammen mit den höheren Öleinnahmen leitete die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans (2018-2022) unter der Koordinierung eines IWF-Finanzhilfeprogramms (Dezember 2018-2021)

die allmähliche wirtschaftliche Erholung ein. Die Regierung verpflichtete sich zur Umsetzung einiger wichtiger Reformen wie der Einführung der Mehrwertsteuer, eines frei schwankenden Wechselkurses und der Teilprivatisierung der nationalen Ölgesellschaft Sonangol. Nach einer Phase der starken Abwertung der Landeswährung infolge der Freigabe des Kwanzas im Jahr 2018 trugen die hohen Ölpreise seit 2021 zu einer Trendwende bei. Der erfolgreiche Verkauf von Eurobonds mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Volumen von 1,75 Mrd US-Dollar im April 2022 zeigt zudem, dass das Vertrauen der Investoren in das Land gestiegen ist.

Landeswährung wertet auf

Der angolansische Kwanza stieg in der Zeit vor den Wahlen Anfang 2022 stark an, hat sich aber seit September wieder nach unten korrigiert, so dass er im November 2022 gegenüber dem Dollar im Jahresvergleich um 10% aufwertete. Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP dürfte von ihrem Höchststand von 136% des BIP im Jahr 2020 auf etwa 56% im Jahr 2022 sinken und könnte nach den jüngsten Erwartungen des IWF ab 2024 sogar unter 50% fallen. Der drastische Rückgang der öffentlichen Auslandsverschuldung ist auf den sprunghaften Anstieg des BIP und die starke Entwicklung des Kwanzas zurückzuführen, während der nominale Auslandsschuldenbestand in Dollar seit 2018 relativ stabil geblieben ist. Darüber hinaus wurden die Laufzeiten der Inlandsschulden verlängert und die Regierung war bei der Aufnahme neuer Kredite vorsichtig, da einige Reformen des Schuldenmanagements eingeführt wurden.

Gleichzeitig wurden die jährlichen Schuldendienstkosten seit 2020 dank eines Schuldenreprofilierungsabkommens mit China erheblich gesenkt. Angola war in den letzten Jahren der mit Abstand größte afrikanische Schuldner der Volksrepublik. 2021 sicherte sich das Land eine Umschuldungsvereinbarung mit China in Form eines dreijährigen Zahlungserlasses, durch den Rückzahlungen in Höhe von fast 6 Mrd Dollar aufgeschoben und eine weitere IWF-Finanzierungstranche in Höhe von 700 Mio Dollar im Rahmen seines Programms eröffnet wurde. Ab 2023 endet das Moratorium und die Schulden müssen wieder zurückgezahlt werden. Angola hat jedoch bereits seine Rückzahlungen an China beschleunigt, indem es die hohen Öleinnahmen nutzte.

Autoritäre Regierungspartei

Als Präsident João Lourenço Ende 2017 sein Amt antrat, begann für das Land ein sehr langer und komplizierter Übergang nach Jahrzehnten autokratischer Herrschaft, in denen die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in den Händen von José Eduardo dos Santos und seinem Gefolge lag. Da der neue Präsident der gleichen MPLA-Partei (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) angehört wie sein Vorgänger, kann der Übergang kaum als vollständig demokratisch bezeichnet werden. So wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im August 2022 von Unregelmäßigkeiten überschattet, und die Ergebnisse wurden vom alten Bürgerkriegsriivalen der MPLA und der wichtigsten Oppositionspartei Unita angefochten, die behauptete, gewonnen zu haben. Erstere reagierte mit Unterdrückung und Einschüchterung durch die Sicherheitskräfte, beanspruchte den Sieg für sich und verlängerte ihre 47-jährige Herrschaft. Obwohl sich die Machtverhältnisse geändert haben, gilt die MPLA weiterhin als autoritär, so dass die Gefahr sozialer Unruhen und politischer Destabilisierung fortbesteht.

IWF-Rettungspaket

Dennoch hat die internationale Unterstützung für den Übergang und die Anti-Korruptionskampagne von Präsident Lourenço dazu beigetragen, dass Angola 2018 ein IWF-Rettungspaket erhalten hat. Dennoch sieht sich die Bevölkerung mit MPLA-dominierten öffentlichen Institutionen und fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten jenseits des wohlhabenden Ölsektors konfrontiert. Die wichtigste Diversifizierungspolitik der Regierung hat bisher kaum Ergebnisse gebracht, und Lourenços Anti-Korruptionsbemühungen haben viele Institutionen gelähmt. Diese Institutionen sind gefangen zwischen der Angst, die „alten Praktiken“ beizubehalten, und dem Mangel an Fähigkeiten, die für die Durchführung neuer politischer Maßnahmen erforderlich sind, was häufig zu einer autoritären Politikgestaltung per Dekret führt.

Angola hat seit Jahrzehnten mit einer anhaltend hohen Inflation zu kämpfen. In den letzten drei Jahren wurde die Geldpolitik gestrafft, um die Teuerungsrate zu senken. Ein wirklicher Rückgang ist jedoch erst ab dem nächsten Jahr zu erwarten, da die hohen Weltmarktpreise die Inflationserwartung für dieses Jahr trotz der geldpolitischen Bemühungen bei 15% belassen haben. Die Außenhandels- und

Steuerbilanz Angolas ist extrem von der Volatilität des Ölpreises abhängig. Auf Öl entfallen fast 96% aller Deviseneinnahmen und rund 60% der Staatseinnahmen. Dies stellt nach wie vor das größte Risiko für die Aussichten Angolas dar, da die meisten Indikatoren in der Regel dem Auf und Ab des Ölsektors folgen. Der Regierung ist es nicht gelungen, während der jüngsten Boomphase ausreichend vorausschauend zu handeln, da die Devisenreserven nicht aufgestockt wurden, um die Liquidität für den Fall zu sichern, dass die Öleinnahmen wieder sinken. Der Druck auf die Reserven ist jedoch auch auf die hohe Importabhängigkeit des Landes (Agrar- und Produktionssektor) in einem Umfeld steigender Weltmarktpreise zurückzuführen.

TANSANIA / ENERGIEERZEUGUNG: Stromrationierung trotz Überkapazitäten

Trotz Überkapazitäten bei der installierten Leistung leidet Tansania seit Ende 2022 unter Stromknappheit. Neben Instandhaltungsarbeiten an einigen Kraftwerken sind ausbleibende Regenfälle der Hauptgrund für die Knappheit, so der staatliche Stromversorger Tanesco. Einige Wasserkraftwerke können nur mit verminderter Leistung Strom produzieren. Deshalb begann Tanesco im November mit der Rationierung der Stromversorgung.

Ausgewählte Energieprojekte in Tansania			
Projektbezeichnung	Investitionssumme (Mio US-Dollar)	Projektstand	Anmerkung/ Ansprechpartner
Julius Nyerere Hydro (Rufiji) Wasserkraftwerk (2.115 MW)	3.600	im Bau	Tanesco
Rusumo Hydropower Plant (80 MW)	468	im Bau seit 2012; geplante Fertigstellung: 2023	Gemeinschaftsprojekt von Ruanda, Burundi und Tansania im Rahmen der Nile Basin Initiative (Nelsap-cu)

Quelle: Recherchen von GTAI; Pressemeldungen 2023

Beim Bau neuer Kraftwerke setzte Tansania in den vergangenen Jahren überwiegend auf Wasserkraft. Die gegenwärtige Präsidentin Samia Suluhu Hassan will diesen Kurs fortsetzen. Mit Abstand größtes Projekt ist der Bau des Julius-Nyerere-Staudamms (Kapazität: 2.115 MW) im Selous Nationalpark, der vermutlich 2024 ans Netz gehen wird. Um dürrebedingte Engpässe besser abfedern zu können, will Tanesco bestehende thermische Kraftwerke ausbauen, wie Kinyerezi I um 90 MW auf insgesamt 310 MW.

Gegenwärtig liegt die installierte Stromerzeugungskapazität bei etwa 1.606 MW und die Nachfrage bei rund 1.300 MW. Wenn der Nyerere-Staudamm ans Netz geht, steigt die Überkapazität weiter an. Die Dürre zeigt indes, dass es ein Trugschluss wäre, von einem Überangebot an Strom zu sprechen. Und auch bei voller Auslastung der Wasserkraftwerke dürfte dies nur für begrenzte Zeit Bestand haben, denn die Nachfrage steigt rasant an.

Wachstumstreiber sind der Bevölkerungszuwachs um jährlich rund 1,8 Mio Menschen, die fortschreitende Elektrifizierung der ländlichen Gebiete sowie die wirtschaftliche Dynamik in der Industrie. Die positiven Konjunkturaussichten für 2023 unterstreichen diesen Trend.

Bedarf dürfte zweistellig wachsen

Daher dürfte die Planung weiterer Kraftwerke auch nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die Planungsgrundlage bildet der Power System Master Plan (PSMP), der im Jahr 2020 vom Energieministerium aktualisiert wurde. Darin geht die Regierung von einer jährlichen Steigerung der Stromnachfrage von rund 13,8% bis 2030 aus. Um diese zu decken, werden etwa 6.200 MW an zusätzlicher Kapazität benötigt, rund 71,5% sollen aus Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energiequellen kommen. Insbesondere beim Bau von Solar- und Windparks sind private Investoren willkommen.

Investiert wird vonseiten des Staates auch in Übertragungsleitungen und städtische Verteilernetze. Gegenwärtig haben in den Städten etwa 70% der Bevölkerung Zugang zu Strom und auf dem Land etwa 22%. Insbesondere bei der ländlichen Elektrifizierung besteht großer Nachholbedarf. Während

viele Geberorganisationen Off-Grid-Lösungen in entlegenen Gegenden favorisieren, bevorzugt die Regierung die Erweiterung des Netzes. Insbesondere in der Region um die Stadt Kigoma am Tanganyikasee besteht großer Nachholbedarf, da diese Gegend nicht ans Tanesco-Netz angeschlossen ist.

Der staatliche Netzbetreiber Tanesco ist der wichtigste Player in der tansanischen Stromversorgung und für die Bereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung zuständig. Westliche Geber würden eine Aufspaltung von Tanesco befürworten, wie in vielen anderen Staaten bereits erfolgt. Damit könnten schrittweise auch private Betreibermodelle in den drei Bereichen ausprobiert werden.

Für deutsche Unternehmen bestehen zahlreiche Möglichkeiten sich bei staatlichen Stromversorgungsprojekten einzubringen. Für Kraftwerke und Netze müssen fast sämtliche technische Ausrüstungen importiert werden. Darüber hinaus werden bei Energiebauprojekten Consulting-Dienstleistungen nachgefragt. Insbesondere, wenn Geber wie Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank, EU und KfW sich bei der Finanzierung einbringen, sind Beteiligungschancen für deutsche Firmen gut.

TANSANIA / WASSERVERSORGUNG: Dürre zeigt die Schwächen auf

Eine Dürre sorgt in einigen Ballungszentren Tansanias aktuell für Wasserarmut. Insbesondere der Ruvu-Fluss, der Daressalam mit seinen rund 5,3 Mio Einwohnern und weitere Küstenregionen mit Trinkwasser versorgt, liefert aktuell nicht die benötigten Mengen. Verstärkt wird der Mangel durch die zunehmende landwirtschaftliche Bewässerung entlang des Flusses. Als Sofortmaßnahme sollen nun Pumptanlagen installiert werden, die täglich rund 70 Mio l Grundwasser bereitstellen. Daressalam benötigt pro Tag rund 544 Mio l Wasser.

Die Dringlichkeit für weitere Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird in den kommenden Jahren zunehmen. Dadurch ergeben sich neue Zuliefer- und Beratungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Die Bevölkerung Tansanias wächst um jährlich etwa 1,8 Mio Menschen. Dabei benötigen auch die expandierende Landwirtschaft und die Industrie immer größere Mengen Wasser. Klimatische Veränderungen, die zu längeren Dürreperioden oder heftigen Regenfällen führen können, müssen zusätzlich berücksichtigt werden. Um Wasser besser speichern zu können, stellt die Regierung zunehmend Geld für den Bau von Dämmen bereit.

Auch die Umweltprobleme in den Ballungszentren spitzen sich zu und damit die Notwendigkeit, in Sanitäranlagen und die Abwasserentsorgung zu investieren. Lange wurde das Thema von der tansanischen Politik vernachlässigt, auch weil das knappe Geld für den Ausbau anderer Infrastrukturen benötigt wurde. Inzwischen aber werden im Rahmen größerer städtischer Wasserprojekte auch Abwasserbecken zum Teil mit Aufbereitungsanlagen installiert.

Auch im Bereich der Wasserversorgung, der schon deutlich weiter entwickelt ist, kooperieren die tansanischen staatlichen Institutionen und Versorgungsdienstleister mit Gebern wie der Weltbank, Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), EU, KfW und GIZ. Was die Regierung im Wassersektor in den kommenden Jahren plant, ist im Water Sector Development Programme Phase Three (WSDP III) festgehalten, welches das zuständige Ministry of Water im Juli 2022 veröffentlicht hat.

Ein weiterer Schwerpunkt von Maßnahmen liegt auf der im Aufbau befindlichen politischen Hauptstadt Dodoma. Der steigende Wasserbedarf der inzwischen rund 500.000 Einwohner zählenden Stadt macht größere Lösungen unumgänglich. Bislang wurde der Bedarf nur aus Grundwasser gespeist. So soll außerhalb der Stadt der Farkwa-Damm gebaut und daran ein völlig neues Wasserversorgungssystem angeschlossen werden.

Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bildet der Wassersektor einen Schwerpunkt. Die KfW engagiert sich unter anderem in den Regionalstädten Lindi, Kigoma, Sumbawanga und Babati bei der Implementierung von Versorgungsnetzen und Abwasserbecken. Ab 2024 sind ähnliche Aktivitäten auch für die Stadt Tunduma an der sambischen Grenze geplant. Ebenfalls engagiert sich die KfW beim Bau einer Pipeline vom Lake Victoria in die seit Jahren von Dürre geplagte Simiyu-Region.

RUWASA implementiert Projekte in ländlichen Gegenden

Diverse Projekte werden auch in ländlichen Gegenden durchgeführt, um die dort mangelnde Wasserversorgung zu steigern. Für die Implementierung ländlicher Vorhaben ist die 2019 gegründete staatliche Rural Water Supply & Sanitation Agency (RUWASA) zuständig. Diese arbeitet eng mit Geberorganisationen zusammen und kann Lizenzen auch an private Betreiber vergeben.

Im halbautonomen Sansibar mit den beiden Inseln Unguja und Pemba wird ebenfalls umfassend in die Wasserversorgung investiert. Auf der Hauptinsel Unguja finanzieren verschiedene Geber, darunter der indische Staat und die Afrikanische Entwicklungsbank den Ausbau. Die KfW plant ab 2024 auf Pemba zahlreiche Maßnahmen.

Amerika

ARGENTINIEN / KONJUNKTUR: Schwere Dürre trübt Aussichten weiter ein

Als Folge des La-Niña-Phänomens durchlebt Argentinien einen weiteren Dürremonat mit wenig bis gar keinem Regen. Typischerweise wechselt der Pazifische Ozean auf natürliche Weise zwischen El Niño- und La Niña-Bedingungen, die weitreichende Auswirkungen haben und Niederschlagsmuster, Überschwemmungen und Dürren rund um den pazifischen Rand beeinflussen. La Niña tritt normalerweise alle drei bis fünf Jahre auf, kann aber gelegentlich über mehrere Jahre hinweg auftreten. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Klimawandel derzeit La Niña-Ereignisse begünstigt, was eine schlechte Nachricht für Südamerika ist, da er bereits im dritten Jahr in Folge Dürrebedingungen auslöst.



Deutlich niedrigere Agrareinnahmen werden erwartet

In Argentinien würden die Ernteexporterlöse von Sojabohnen, Mais und Weizen der kommenden Sommermonate normalerweise den Druck auf die angespannte Liquiditätssituation des Landes lindern. Allerdings wirkt sich die anhaltende Trockenheit bereits deutlich auf die Pflanzsaison aus. Da diese Dürreepisode voraussichtlich eine der schlimmsten der letzten 20 Jahre sein wird, wird sie in den kommenden Monaten wahrscheinlich zu deutlich niedrigeren Einnahmen führen.

Argentinien ist aufgrund seiner Bindung an eine überbewertete Währungsbindung mit einer sehr angespannten Liquiditätssituation konfrontiert. Der argentinische Peso (ARS) hat seit Jahresbeginn 2022 um 60% abgewertet. Obwohl die Währungsbindung nicht tragbar ist, ist es unwahrscheinlich, dass die derzeitige unorthodoxe und populistische Regierung den Wechselkurs in diesem Jahr freigeben wird. Die jährliche Inflation ist mit 88% (Ende Oktober) sehr hoch und sorgt regelmäßig für Unruhe. Während dieses Jahr Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden sollen, nimmt der Einfluss unorthodoxer Fraktionen in der Regierung deutlich zu.

Devisenreserven dürften weiterhin unter Druck stehen

Historisch hohe Energiepreise belasten die Liquiditätslage des Landes, da Argentinien ein Netto-Kraftstoffimporteur ist. Aufgrund der angespannten Liquiditätslage hat die argentinische Zentralbank ihre Kapitalkontrollen seit März 2022 regelmäßig vertieft, um den negativen Trend der Brutto-

Devisenreserven zu bremsen. Allerdings dürfte die anhaltende Dürre die Devisenreserven in den kommenden Monaten zusätzlich unter Druck setzen.

Es wird schwierig sein, zusätzliche externe Finanzierungen zu finden, um die überbewertete Währungsbindung aufrechtzuerhalten und Devisenengpässe zu vermeiden. Ein 30-monatiges IWF-Programm in Höhe von 44 Mrd US-Dollar wurde im März 2022 unterzeichnet und versorgt das Land mit lebenswichtiger Liquidität, da Argentinien von den Finanzmärkten abgeschnitten ist. Allerdings werden die vierteljährlichen Auszahlungen hauptsächlich zur Rückzahlung eines früheren IWF-Darlehens in Höhe von 50 Mrd Dollar verwendet. Eine Aufstockung des IWF-Programms erscheint unwahrscheinlich, da Argentinien bereits der größte Schuldner des Internationalen Währungsfonds ist und das aktuelle Darlehen mit etwa 1000% der Quote bereits sehr hoch ist (normalerweise kann ein Land bis zu 435% seiner Quote aufnehmen). Darüber hinaus stellt China bereits wichtige Finanzierungen über eine Devisenwaplinie in Höhe von etwa 19 Mrd Dollar bereit (bereits in den Bruttodevisenreserven berücksichtigt).

BRASILIEN / ZOLL & STEUERN: Fristen des PRLF

Die Bundesregierung Brasiliens hat offiziell das Programm "Null-Steuerschulden" (Programa Litígio Zero) angekündigt, das Steuervorteile für im gesamten Staatsgebiet tätige Unternehmen bringen wird. Die vorläufige Maßnahme Nr. 1.159/2023 und die gemeinsame Verordnung PGFN/RFB Nr. 1/2023, die am 13. Januar 2023 im Amtsblatt des Bundes veröffentlicht wurden, regeln das Programm. Für Klein- und Kleinstunternehmen werden Sonderbedingungen angeboten. Auch mittlere und große Unternehmen können von diesen Bedingungen profitieren, wenn sie ihre Schulden bei der brasilianischen Bundessteuerbehörde (Receita Federal do Brasil - RFB) begleichen. Im Rahmen der Maßnahme, die offiziell als Programm zur Reduzierung von Steuerstreitigkeiten (Programa de Redução de Litigiosidade Fiscal - PRLF) bezeichnet wird, sind Steuerermäßigungen, Zins- und Bußgeldermäßigungen und andere Erleichterungen vorgesehen.

Was ermöglicht das Programm?

Das Programm ist die erste große außergewöhnliche Maßnahme, die von der neuen Regierung zur Begleichung von Steuerschulden beschlossen wurde. Sie soll die Verhandlung von Steuerschulden im Rahmen von Verwaltungsstreitigkeiten ermöglichen. Die Schulden müssen bereits in einem System namens "Dívida Ativa da União" (DAU) eingetragen sein.

Das System DAU ist die Bezeichnung für die Datenbank, die alle öffentlichen Kredite enthält, die nicht bezahlt wurden, sei es von juristischen oder natürlichen Personen. Die Staatsanwaltschaft (Procuradoria Geral da Fazenda Nacional - PGFN) verwaltet alle Kredite, die an den Bund gezahlt werden müssen. Wenn die Kredite nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form und innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist ausgezahlt werden, werden sie vom PGFN in der Datenbank eingetragen.

Die unmittelbare Folge ist, dass der Steuerschuldner verwaltungsmäßig und gerichtlich belangt werden kann. Sobald eine Schuld in der Datenbank registriert ist, kann es für die betreffende Person zu verschiedenen Einschränkungen bei der Kreditvergabe kommen. Darüber hinaus kann der Steuerpflichtige auf verschiedene Weise, zum Beispiel durch gerichtliche Versteigerung und Urteilsverkündung, Vermögenswerte verlieren.

Welche Vorteile werden geboten?

Es gibt spezifische Vorteile für verschiedene Arten von Steuerpflichtigen, deren Schulden in das DAU aufgenommen wurden. Diese Vorteile hängen auch von der Höhe der Schulden ab wie folgt:

- Klein- und Kleinunternehmen (und Einzelpersonen) können eine Ermäßigung von bis zu 50% auf den Gesamtwert der Schulden erhalten. Die Schulden dürfen 60 Mindestlöhne (circa 14.160,91 Euro) nicht überschreiten. Die Ermäßigung umfasst den Steuerbetrag sowie Zinsen und Bußgelder;
- Unternehmen, die mehr als 60 Mindestlöhne schulden, können eine Ermäßigung von bis zu 100% auf den Betrag der Zinsen und Bußgelder erhalten.

Verluste zum Schuldenabbau nutzbar?

Das Programm verbessert die Möglichkeit, Steuerverluste (Prejuízo Fiscal - PF) oder negative Steuerbemessungsgrundlagen (Base de Cálculo Negativa - BCN) zur Neuverhandlung von Schulden zu nutzen. Die üblichen Regeln sind streng. Die PRLF erlaubt jedoch die Verwendung von PF und BCN zur Begleichung von 52 bis 70% der Steuerschuld.

Die Bedingungen für die Neuverhandlung überfälliger Forderungen richten sich nach dem so genannten "Grad des Zuflusses der Steuer" (grau de recuperabilidade da dívida) für die Staatskasse. Dieser Grad wird in mehrere Kategorien eingestuft. Die Einstufung reicht von Typ A-Schulden (die als Schulden mit hoher Zahlungserwartung gelten) bis zu Typ D-Schulden (die als Schulden ohne Zahlungserwartung gelten). Die Steuerschuldner können die Einstufung ihrer Schulden bei der Bundessteuerbehörde (Receita Federal) einsehen, sobald das Programm aktiv ist. Das gesamte Verfahren wird über das Portal e-CAC abgewickelt, das heißt vollständig digital. Der tatsächliche Prozentsatz der Ermäßigung, der den Steuerpflichtigen gewährt wird, hängt von ihrer Zahlungsfähigkeit ab.

Unternehmen, die sich an PRLF halten, können ihre Schulden in bis zu 12 Monaten tilgen.

Wann können Unternehmen an dem Programm teilnehmen?

Der Beitritt zum Programm ist vom 1. Februar 2023, 8 Uhr, bis zum 31. März 2023, 19 Uhr, möglich.

VENEZUELA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Gespräche mit ConocoPhillips zur Schuldentilgung

ConocoPhillips kann vielleicht doch noch die Schulden in zweistelliger Milliarden-Dollar-Höhe eintreiben, die der Staat Venezuela seit 2007 bei dem US-Ölmulti hat. Wie mehrere mit den Gesprächen zwischen ConocoPhillips und Vertretern Venezuelas vertraute Personen berichten, ist das US-Unternehmen nun offen für eine Vereinbarung über den Verkauf von venezolanischem Öl in den USA, um die fast 10 Mrd Dollar zurückzubekommen, die Venezuela ihm schuldet. ConocoPhillips hatte Venezuela nach der Verstaatlichung seiner Vermögenswerte dort den Rücken gekehrt.

In den vorläufigen Gesprächen zwischen ConocoPhillips und Venezuelas staatlicher Ölgesellschaft Petroleos de Venezuela (PdVSA) prüfen den Informanten zufolge beide Seiten einen Vorschlag, der es dem in Houston ansässigen Unternehmen ermöglichen könnte, venezolanisches Öl im Namen von PdVSA zu verladen, zu transportieren und in den USA zu verkaufen. Das wäre eine Chance für ConocoPhillips das in Venezuela verlorene Geld zurückzugewinnen und den Vereinigten Staaten bei der Deckung ihres Energiebedarfs zu helfen, sagten die Informanten.

Asien/Ozeanien

CHINA / INFRASTRUKTUR: Seidenstraße-Initiative ist noch nicht abgeschlossen

Chinas Belt-and-Road-Initiative (BRI) ist ein Bündel gigantischer Infrastrukturprojekte in Asien und in Übersee. Bekannt wurde die Initiative unter dem Namen "Neue Seidenstraße". Nach 2010 wurde sie noch ehrgeizig vorangetrieben. In letzter Zeit aber scheint die Luft raus zu sein. Es ist noch zu früh, die Initiative ganz abzuschreiben. Dennoch war der Rückzug während der Pandemie vor allem in Asien bemerkenswert. Dort war ein Großteil der Mittel ursprünglich gebunden. In Lateinamerika wird die BRI jedoch nach wie vor rasch ausgebaut, zumindest was die ausländischen Direktinvestitionen betrifft. Selbst in einigen Krisengebieten wie Pakistan wird Beijing seine Megaprojekte wohl kaum aufgeben, wenn man bedenkt, wie viel dort bereits investiert wurde.



Die Pandemie hat die Direktinvestitionen Chinas stark sinken lassen

Das jüngste Beispiel interner Krisen ist das BRI-Hafenprojekt in der Distrikt-Hauptstadt Gwadar. "Nikkei Asia" berichtet, dass Demonstranten, die wegen der Hochseefischerei, der Sicherheitskontrollpunkte rund um den Hafen und anderer Dinge verärgert waren, Ende 2022 damit begannen, den Hafen zu blockieren. Das führte Ende Dezember zu einer Polizeirazzia. Auch gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Meldungen, die von gewalttätigen Angriffen auf chinesische Staatsangehörige berichteten.

Eigentlich sollte Pakistan für China angesichts der gemeinsamen Geschichte des Konflikts mit Indien ein politisch einfaches Pflaster sein. Doch stattdessen ist das Land zu einem Symbol für die allgemeinen Probleme der BRI geworden: Viele Regierungen in Ländern mit niedrigem Einkommen sind sich nicht mehr sicher, ob sich solch teure Projekte lohnen. Sie fürchten die Verschuldung und den lokalen Widerstand, den sie oft hervorrufen. Hohe Zinssätze, fallende Schwellenländerwährungen und der wirtschaftliche Schaden durch die Pandemie haben die Skeptiker und Gegner der "Neuen Seidenstraße" gestärkt.

Es überrascht daher nicht, dass sowohl die Kreditvergabe der Volksrepublik an die BRI-Länder als auch die Direktinvestitionen in diesen Ländern in den vergangenen Jahren stark rückläufig waren. Zu diesem Ergebnis kommt die französische Bank Natixis, die Daten von Mergermarket und dem American Enterprise Institute ausgewertet hat.

Zum Teil spiegelt dies den weltweiten Rückgang der chinesischen Finanzierungen wider, da die meisten Volkswirtschaften einschließlich des Reichs der Mitte während der Pandemie mit Problemen zu kämpfen hatten. Chinas durchschnittliche jährliche FDI fielen von 2020 bis 2021 um 72% gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019. Die Direktinvestitionen in BRI-Länder gingen mit 62% nicht ganz so stark zurück.

Der Rückgang war jedoch nicht überall gleich. Die durchschnittlichen jährlichen FDI Chinas in lateinamerikanischen Ländern im Zeitraum 2020 bis 2021 hatten sich im Vergleich zum Fünfjahreszeitraum davor sogar vervierfacht, wie aus den Daten von Natixis hervorgeht. Ein Großteil dieser Investitionen entfällt auf Fusionen und Übernahmen lateinamerikanischer Staatskonzerne wie etwa Versorgungsunternehmen. Einige Regierungen in Lateinamerika, das laut Natixis von allen BRI-Regionen am stärksten unter der Pandemie litt, scheinen der Meinung zu sein, dass der direkte Verkauf von Vermögenswerten ein Weg sein kann, um nach den Rückschlägen durch Corona wieder finanziellen Spielraum zu gewinnen.

CHINA / KONJUNKTUR: Globale Wirtschaft wird den Bevölkerungsschwund spüren

Chinas Bevölkerung ist im vergangenen Jahr geschrumpft und die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erreicht einen Wendepunkt: Das wirtschaftliche Wachstum dürfte sich verlangsamen, und die globalen Lieferketten könnten sich neu sortieren.

Chinas Bevölkerung sank von 1,413 Mrd im Jahr 2021 auf 1,412 Mrd im Jahr 2022, wie das Nationale Statistikamt des Landes mitteilte. Nach Angaben der Weltbank schrumpft sie damit zum ersten Mal seit den frühen 1960er-Jahren, als das Land unter Mao Zedong unter einer großen Hungersnot litt.



Die immer älter werdende Gesellschaft gefährdet das wirtschaftliche Wachstum

Den jüngsten Daten zufolge leben in China derzeit rund 876 Mio Menschen im erwerbsfähigen Alter, was 62% der Gesamtbevölkerung entspricht. Da dieser Anteil kleiner wird, weil die Zahl der älteren Menschen zunimmt, wird der Wettbewerb um Arbeitskräfte die Lohnkosten in die Höhe treiben. Das beeinträchtigt die Volksrepublik in ihrer Rolle als Motor des globalen Wirtschaftswachstums, es sei denn, das Land kann den Negativeffekt durch verstärkte Produktivität ausgleichen.

Die älteren und damit teureren Arbeitskräfte dürften globalen Unternehmen mit großen Produktionsstandorten in China, wie Apple und Tesla, ein zusätzlicher Anreiz sein, für künftige neue Werke auf andere Länder auszuweichen. Indien und Vietnam gehören zu jenen, die womöglich profitieren werden.

Der demografische Wandel dürfte überdies eine Neuausrichtung der chinesischen Binnenwirtschaft erzwingen. Eine kleinere, ältere Bevölkerung benötigt weniger Wohnraum - eine Belastung für den enormen Immobiliensektor des Landes - dafür aber vermehrt Investitionen in soziale Dienste.

"Chinas Ausgaben für das Gesundheitswesen liegen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung immer noch hinter denen der EU, von Japan und der USA zurück", schreiben die Analysten von Allianz Global Investors in einer Studie. "Höhere Investitionen müssen Priorität haben, denn der Druck auf das Gesundheitssystem wird zunehmen, da 398 Mio Menschen - fast 30% der chinesischen Bevölkerung - im Jahr 2060 rund 65 Jahre oder älter sein werden." Die Geburtenrate im Reich der Mitte lag im vergangenen Jahr bei 6,77 pro 1.000 Einwohner, gegenüber 7,52 im Jahr 2021. Der Rückgang ist zumindest teilweise der Corona-Pandemie und den Bemühungen Beijings geschuldet, die Virusverbreitung durch Lockdown-Maßnahmen zu unterdrücken.

Erkenntnisse aus Japan lassen nicht vermuten, dass die Bemühungen der chinesischen Regierung, das Bevölkerungswachstum durch eine Erhöhung der Geburtenrate wieder anzukurbeln, große Wirkung haben wird. Seit 2021 ist es Ehepaaren in China erlaubt, drei Kinder zu bekommen. In Japan hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate ergriffen, doch den stetigen Bevölkerungsrückgang seit 2010 hat dies nicht aufgehalten.

CHINA / KONJUNKTUR: Neues Jahr, neues Glück

Am 22. Januar begann für die Chinesen ein neues Jahr. Hunderte Millionen Chinesen feierten am letzten Wochenende das Neujahrsfest 2023, nachdem Beijing im Dezember die Null-Covid-Politik aufgehoben hat, die den Großteil der chinesischen Bevölkerung während der Pandemie in der Nähe ihrer Häuser hielt. Marktbeobachter hoffen unterdessen auf eine wirtschaftliche Trendwende, wenn China die pandemiebedingte Schwäche überwunden hat.

Nach Angaben des Luftfahrtanbieters Cirium hat der Flugverkehr in China bereits wieder das Niveau vom Januar 2019 erreicht, wenngleich die Erholung hauptsächlich auf Inlandsflüge zurückzuführen ist. Zu diesem Neujahrsfest reisten viele Menschen zum ersten Mal seit Jahren nach Hause, um ihre Familien und Verwandten wiederzusehen, während andere beliebte inländische Reiseziele wie die tropische Insel Hainan und beschauliche alte Städte in der Provinz Yunnan besuchten.



Auch der chinesische Reiseverkehr nach Übersee nimmt wieder zu

Auch der Reiseverkehr nach Übersee nimmt wieder zu, nachdem Beijing im vergangenen Monat die Beschränkungen wegen Corona aufgehoben hat. Nach Angaben von Cirium stieg die Zahl der internationalen Linienflüge von und nach China im Januar gegenüber dem Vormonat um 27%. Obwohl die Zahl im Vergleich zu den Werten vor der Pandemie gering ist, wird sie wahrscheinlich steigen, wenn die Menschen von den Mondneujahrsferien zurückkommen und das Wetter wärmer wird.

Gute Nachricht für Weltwirtschaft

Dies ist eine gute Nachricht für die Weltwirtschaft, die nach Ansicht einiger Ökonomen am Rande einer Rezession steht. Viele europäische und südostasiatische Länder waren vor der Pandemie stark von den Ausgaben der chinesischen Reisenden abhängig. Ein Elefantencamp in Thailand hat sechs neue Jumbos gekauft, die für Touristenausflüge in einem Dschungelpark verwendet werden, um sich auf die Rückkehr der chinesischen Reisenden vorzubereiten, berichtete "Reuters".

Die Lockerung der Beschränkungen wird internationalen Unternehmen und Investoren wieder Zugang zu Chinas riesigem Markt und Produktionssektor verschaffen. Anfang dieses Monats erklärte das chinesische Handelsministerium, Beijings angepasste Covid-Politik werde von ausländischen Führungskräften und Handelskammern "gut aufgenommen".

"Viele von ihnen geben an, dass sie Reisen nach China planen, um dort aktiv Projekte neu zu starten und neue Investitionsmöglichkeiten zu suchen", sagte Shu Jueting, ein Sprecher des Handelsministeriums, bei einer Pressekonferenz. Dennoch wird die Erholung langsam verlaufen. Einige Regierungsbeamte sind besorgt über die Ausbreitung von Covid-19 angesichts der starken Reisetätigkeit im Inland während des Neujahrsfestes.

Aus Sorge vor der Einschleppung neuer Fälle haben Länder wie die USA, Japan und Italien die Einreisebestimmungen für Reisende aus China verschärft. Im Dezember kam es in der Volksrepublik in den meisten Großstädten zu einer Welle von Covid-19-Ausbrüchen. Ein starker Anstieg in den nächsten zwei bis drei Monaten sei jedoch unwahrscheinlich, da 80% der Menschen bereits infiziert seien, sagte Wu Zunyou, Epidemiologe am chinesischen Zentrum für Seuchenkontrolle und -prävention, einem "Reuters"-Bericht zufolge.

Die Abriegelungen im Rahmen der Null-Covid-Politik haben die chinesische Wirtschaft im vergangenen Jahr schwer getroffen. Im Jahr 2022 wuchs das chinesische Bruttoinlandsprodukt nur noch um 3% - eine starke Abschwächung gegenüber dem Wachstum von 8,1% im Jahr 2021 und eine der geringsten Wachstumsraten seit den 1970er-Jahren.

CHINA / KONJUNKTUR: Wirtschaft wächst 2022 nur um 3%

Die chinesische Wirtschaft ist im Jahr 2022 mit einer der schwächsten Raten seit Jahrzehnten gewachsen, da wiederholte Lockdowns im Zuge der Null-Covid-Politik die Haushalte und Unternehmen unter Druck setzten. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im vergangenen Jahr nur um 3%, wie das nationale Amt für Statistik mitteilte. Im Jahr 2021 hatte das Wachstum noch 8,1% betragen.

Die Aufhebung fast aller Beschränkungen des öffentlichen Gesundheitswesens in China nach fast drei Jahren der Unterdrückung selbst kleinster Virusausbrüche schafft die Voraussetzungen für einen

wirtschaftlichen Aufschwung 2023. Ökonomen erwarten, dass eine von den Verbrauchern getragene Erholung in China in diesem Jahr das globale Wachstum stützen wird, während die USA und Europa mit einer Rezession flirten.

Stärke des Aufschwungs ungewiss

Die Nachfrage nach chinesischen Exporten sinkt aber, da sich die Weltwirtschaft verlangsamt. Das Verbrauchervertrauen ist nach drei Jahren mit sporadischen Schließungen am Boden. Viele Ökonomen befürchten, dass die Narben der Pandemie in Form von verschwundenen Arbeitsplätzen und geschlossenen Unternehmen nur langsam verheilen werden.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt steht auch vor einer Reihe von längerfristigen Herausforderungen, darunter eine sich ausweitende Konfrontation mit den USA und eine sich rapide verschlechternde demografische Entwicklung. Neue Zahlen zeigten, dass Chinas Bevölkerung 2022 zum ersten Mal seit den frühen 1960er Jahren schrumpfen wird, und zwar um 850.000 auf 1,4 Mrd Menschen, was auf die seit Jahren sinkenden Geburtenraten zurückzuführen ist.

Beijing von Schwäche überrascht

Mit einer solch schlechten Wirtschaftsleistung hatten viele, auch hochrangige chinesische Regierungsbeamte, Anfang letzten Jahres nicht gerechnet. In der Erwartung, dass Chinas Maßnahmen das Virus in Schach halten würden und die westliche Nachfrage nach in China hergestellten Waren zu einem weiteren Jahr starken Wachstums beitragen würde, setzte die Regierung ein Wachstumsziel von rund 5,5% für 2022 fest.

Robin Xing von Morgan Stanley ist jedoch der Meinung, dass der Aufschwung schon früher einsetzen könnte, und stützt sich dabei auf Daten wie U-Bahn-Fahrgastzahlen und Verkehrsstaus in 98 der 100 größten chinesischen Städte. Die Investmentbank geht davon aus, dass China 2023 um 5,7% wachsen wird, angeheizt durch das Wachstum der Konsumausgaben, da die chinesischen Haushalte die Pandemie mit gesunden Ersparnissen und besseren Aussichten auf Arbeitsplätze überstanden haben. „Die Wiedereröffnung selbst kommt einem großen Konjunkturprogramm gleich“, sagte er.

CHINA / KONJUNKTUR: Wirtschaft der zwei Geschwindigkeiten

Wir glauben nicht, dass sich China derzeit in einer bilanziellen Rezession befindet, aber die Risiken sind deutlich höher als noch vor einigen Jahren. Sollte es kurz- bis mittelfristig zu einer Bilanzrezession kommen, dürfte das durchschnittliche Wachstum ausreichend hoch sein, um das Gesamtniveau im positiven Bereich zu halten, aber es könnte zu einer längeren Phase unterhalb des normalen Wachstumstrends führen.

Die Reaktion auf die Pandemie und die Deflation im Immobiliensektor haben die Bilanzen beeinträchtigt und die Anfälligkeit kurzfristig erhöht. Die hohe Gesamtverschuldung und der sich verlangsamende Wachstumskurs sind jedoch strukturelle Probleme, die schwerer zu lösen sind. Die Planwirtschaft gibt China mehr Spielraum, um eine ähnliche Erfahrung wie Japan zu vermeiden, aber weitere politische Reformen und Verbesserungen des Wirtschaftsmodells sind entscheidend. Diese sind nicht nur notwendig, um eine Bilanzrezession zu vermeiden, sondern auch, um der Mittelstandsfalle zu entkommen, indem den Unternehmen ermöglicht wird, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen.

Wir glauben, dass es im Laufe der Zeit zu einer Verlagerung der Verantwortung von Unternehmen und lokalen Regierungen auf die Zentralregierung kommen wird. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine stärkere Konzentration auf Investitionen in die Hightech-Produktion, Halbleiter, die Green Economy, Künstliche Intelligenz und neue Infrastruktur. Dadurch könnte sich eine Wirtschaft der zwei Geschwindigkeiten herausbilden, in der bestimmte Sektoren ein hohes Investitions- und Wachstumsniveau aufweisen, während Sektoren wie der Immobiliensektor sich stärker auf den Abbau von Schulden und das Fortbestehen konzentrieren.

PBoC hält sich bereit

Es ist noch unklar, wie lange es dauern wird, bis sich der durch die Pandemie verursachte Schaden normalisiert, aber dieser hat Befürchtungen über eine Bilanzrezession geweckt, die Jahre dauern

könnte. Sollten die politischen Entscheidungsträger befürchten, dass es zu einer derartigen Rezession kommt, haben sie reichlich Spielraum für Zinssenkungen und würden die Zinsen wahrscheinlich näher an die Untergrenze heranführen. Die People's Bank of China verfügt über ein komplexeres geldpolitisches Instrumentarium als die meisten anderen Zentralbanken und würde mit ziemlicher Sicherheit unkonventionelle geldpolitische Instrumente einsetzen, um die Preise von Vermögenswerten zu stützen, die Verschuldung zu verringern oder die Bilanzen der gesamten Wirtschaft zu sanieren, falls dies erforderlich ist.

Prioritätenverschiebung deutlich

Die allgemeine Verschiebung der politischen Prioritäten von Wachstum an erster Stelle zu einer eher ideologisch geprägten Position ist vielleicht eine Anerkennung der Tatsache, dass die natürliche Wachstumsrate sinkt und dass ein qualitativ hochwertiger Zuwachs wichtiger ist als Wachstum allein. Die hohe Verschuldung in der Wirtschaft wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich zu einem Gegenwind für die Expansion werden, da immer größere Beträge an neuen Schulden benötigt werden, um jede Einheit an zusätzlichem Aufschwung zu erzeugen. Der größte Teil der Verschuldung konzentriert sich auf den Unternehmenssektor und die lokalen Gebietskörperschaften.

(Harvey Bradley, Insight Investment)

CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Beijing verunsichert die Unternehmen

Die meiste Zeit der vergangenen zwei Jahre hatten ausländische Politiker und Führungskräfte aus der Wirtschaft mit dem unnachgiebigen Beharren des chinesischen Staatschefs Xi Jinping auf einer Corona-Null-Toleranz-Politik zu kämpfen. Jetzt haben sie Mühe, die Entscheidung Beijings zu verstehen, diese Pandemiekontrollen praktisch ohne Vorwarnung aufzuheben. Die Kehrtwende in Bezug auf die Null-Covid-Strategie ist ein Beispiel für die Unsicherheiten, mit denen Unternehmen, ausländische Regierungen und Wissenschaftler konfrontiert sind, wenn es um ein politisches Blackbox-System geht, das mit der zunehmenden Machtfülle von Xi immer undurchschaubarer geworden ist.

Die meiste Zeit des vergangenen Jahres jagten Führungskräfte, Investoren und Diplomaten Hinweisen nach und tauschten Gerüchte darüber aus, wann die Kommunistische Partei ihr Null-Covid-Programm mit strengen Abriegelungen und Massentests aufheben könnte. Dieses hatte seit Anfang 2020 den Handel unterbrochen und die Geschäftsplanungen durcheinandergebracht. Als Beijing nach einer Reihe besorgniserregender Anzeichen für die Wirtschaft und Massenprotesten gegen das Null-Covid-Programm Ende November die Pandemieprotokolle überstürzt aufhob, überraschte die scheinbar planlose Änderung viele Unternehmen, die einen schrittweisen Übergang erwartet hatten.

"Die Geschäftswelt ist schockiert über die plötzliche Kapitulation", stöhnt Jörg Wuttke, der Präsident der Handelskammer der Europäischen Union in China. Er kritisierte die Null-Covid-Strategie als ein Beispiel dafür, wie Ideologie unter Xi oft über Pragmatismus triumphiert. Viele ausländische Unternehmen haben mit Personalengpässen und Betriebsunterbrechungen zu kämpfen, da sich viele Arbeitnehmer in ihren Lieferketten krankgemeldet haben, so Wuttke.

Omikron leichter durchschaubar als die Regierung

"In gewisser Weise ist Omikron leichter vorherzusagen als die chinesische Regierung", merkt Wuttke an. "Wir sehen, dass ein stärker politisiertes Umfeld es sehr schwierig macht, herauszufinden, was die Entscheidungsträger zu tun gedenken." Seit Jahrzehnten suchen Wissenschaftler, Diplomaten und Geschäftsleute nach Hinweisen auf das Innenleben der Kommunistischen Partei, indem sie akribisch Regierungsdokumente, Berichte der staatlichen Medien und Bilder von öffentlichen Auftritten der Funktionäre durchforsten.

China-Spezialisten bezeichnen diese Arbeit oft als "Teeblatt-Lesen" oder Pekingologie, das Pendant zur Kremlologie. Seit seiner Machtübernahme im Jahr 2012 hat Xi die Machtstrukturen um sich herum in einer Weise umgestaltet, die es zunehmend schwieriger macht, die Teeblätter zu entziffern. Dieser Prozess hat sich im vergangenen Jahr beschleunigt, als der chinesische Staatschef daran arbeitete, die Führung mit seinen Verbündeten zu besetzen, und eine normbrechende dritte Amtszeit als Generalsekretär antrat.

In seinem Streben nach autokratischer Kontrolle hat Xi langjährige Parteipraktiken bei Personaleinstellungen ausgehöhlt, politische Loyalität begünstigt und Debatten über seine Politik erstickt. Seine Fokussierung auf die nationale Sicherheit veranlasste Beamte dazu, sich zunehmend zu verschließen und den Zugang zu Daten zu sperren, die externe Analysten nutzten, um Einblicke in die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt zu gewinnen.

Xis Manöver haben die altbewährten Spielregeln zerrissen, an denen sich Politiker, Wissenschaftler und Investoren früher bei ihrem Engagement in der Volksrepublik orientierten. "Es ist sehr schwierig zu wissen, wer welche Position innerhalb der Partei innehat und wie Entscheidungen getroffen werden", klagt ein führender westlicher Wirtschaftslobbyist. "Es gibt keinen klaren Zusammenhang zwischen den Entscheidungen. Wenn man den Verantwortlichen in der Regierung ausfindig macht, liest er einem nur ein Dokument vor und weigert sich, etwas zu sagen."

Corona erschwerte persönlichen Austausch

Chinas Grenzkontrollen im Zusammenhang mit dem Corona-System haben das Problem noch verschärft, da es in den vergangenen drei Jahren immer weniger persönliche Treffen zwischen Politikern, Managern und Wissenschaftlern aus der Volksrepublik sowie ihren westlichen Kollegen gab, so der Lobbyist. "Es mangelt an Empathie zwischen den beiden Seiten." Angesichts dieser Undurchsichtigkeit sind viele US-amerikanische und europäische Unternehmen gegenüber China zunehmend vorsichtig geworden und haben von größeren Investitionen im Land Abstand genommen, da sie es vorziehen, erst einmal abzuwarten, so westliche Führungskräfte, Industriegruppen und Lobbyisten.

In einer Umfrage des US-China-Business-Rats unter seinen Mitgliedern aus dem Jahr 2022 gaben 83% der Befragten an, dass sie das Geschäftsklima im Reich der Mitte weniger optimistisch einschätzen als noch drei Jahre zuvor. "Die am häufigsten genannte Auswirkung ist die Wahrnehmung eines erhöhten politischen Risikos bei Geschäften in China", berichtet der Rat. Und er zitiert die Bedenken der Mitglieder darüber, wie die chinesischen Entscheidungsträger zwischen politischen Zielen und wirtschaftlichem Pragmatismus abwägen. Die Null-Covid-Politik hat die Einnahmen von Unternehmen wie Starbucks und Estee Lauder geschmälert sowie das Aufstellen von Investitionsplänen erschwert. Apple hat derweil seine Pläne beschleunigt, einen Teil seiner Produktion aus der Volksrepublik in andere asiatische Länder wie Indien und Vietnam zu verlagern, wie das "Wall Street Journal" bereits im Dezember berichtete.

Erinnerungen an Mao-Zeit werden wach

"China ist weniger attraktiv als zuvor", meint Portfoliomanager Arvid Streimann von der in Sydney ansässigen Fondsgesellschaft Magellan Financial. "Wenn man dort investiert, unterliegt man immer noch einem erhöhten regulatorischen Risiko." Andere Unternehmen geben an, dass sie mehr Ressourcen für die Überprüfung der politischen Entscheidungsprozesse bereitgestellt haben. Führungskräfte einer asiatischen, staatlich unterstützten Investmentfirma sagen, dass sie begonnen haben, Datenanalysen zu verwenden, um Regierungsrichtlinien und Personalentscheidungen zu analysieren. "Im Voraus zu wissen, wer der nächste Staatschef sein wird, ist die niedrigste Stufe der Erkenntnis, aber selbst das hat Xi Jinping jetzt über den Haufen geworfen", klagt Jude von der Denkfabrik Center for Strategic and International Studies in Washington. "Wir sind wieder bei den undurchsichtigen Machenschaften der Mao-Ära angelangt."

INDONESIEN / PERSONAL: Mindestlöhne steigen um 7,5%

Das Arbeitsministerium hat die durchschnittliche Steigerung der Mindestlöhne für 2023 bekannt gegeben: Sie beträgt nominal 7,5%. In Jakarta legt der Mindestlohn dabei um 5,6% zu. Nach dem Wechselkurs von Ende November 2022 entspricht der neue Mindestlohn somit monatlich 311 US-Dollar. In den restlichen fünf Provinzen Javas betragen die Steigerungen zwischen 6,4% (Banten) und 8% (Zentraljava). Dort liegen die monatlichen Mindestlöhne dann zwischen 115 Dollar und 169 Dollar.

Für viele ausländische Unternehmen ist Indonesien ein Standort für günstige Lohnfertigung. Die monatlichen Mindestlöhne - bei einer Regelarbeitswoche von 40 Stunden - sind für sie ein wichtiger Faktor. Die Erhöhung der Mindestlöhne folgt einer festgelegten Formel. Das regionale Wirtschaftswachstum und die regionale Inflationsrate spielen dabei eine wichtige Rolle. Für die Regierung ist die

Berechnung der Mindestlöhne eine Gratwanderung zwischen einer sozialpolitisch gebotenen Erhöhung sowie der Notwendigkeit, Indonesien für arbeitsintensive Fertigung attraktiv zu halten - etwa für die Textilindustrie. So gibt es bei den Bekleidungsherstellern derzeit Massenentlassungen. Sie konkurrieren mit Unternehmen aus den Niedriglohnländern Indien, Bangladesch, Kambodscha und Vietnam.

Durch kurzfristige Veränderungen der Berechnungsgrundlage steigen die Mindestlöhne 2023 stärker als ursprünglich vorgesehen - bei einer Obergrenze von 10%. Das führt zu Unmut bei den Arbeitgeberverbänden. Doch auch die Arbeitnehmer sind unzufrieden. So ist die Anhebung in der Hauptstadtprovinz DKI Jakarta eine der niedrigsten im Land. Gewerkschaften haben dort zu Streiks aufgerufen.

Fertigung fast nur auf der Hauptstadtinsel

Jedes Jahr definieren die lokalen Behörden die monatlichen Mindestlöhne des Folgejahres für die Provinzen (UMP) sowie für die Landkreise und Städte (UMK). Bis zur Coronakrise lagen die Zuwächse bei teils über 8%. Durch die Festlegung der Sätze im Dezember des Vorjahres hatte es auch im Krisenjahr 2020 eine kräftige Steigerung gegeben. Dafür blieben die Mindestlöhne auch im Erholungsjahr 2022 nahezu konstant. Die Mindestlöhne der Landkreise und Städte haben eine höhere Bedeutung als die auf der Provinzebene. Letztere bilden lediglich eine Untergrenze, die von der nachfolgenden Verwaltungsebene zwar übernommen, aber nicht unterschritten werden darf.

Für ausländische Unternehmen sind vor allem die Mindestlöhne in den 119 Landkreisen und Städten auf Java von Bedeutung. Denn dort ist fast die gesamte verarbeitende Industrie des Archipels angesiedelt. Knapp 60% der Indonesier leben auf Java und ebenso hoch ist der Anteil der indonesischen Wirtschaftsleistung, die dort erzeugt wird.

Der Großraum Jakarta ist auf Java der teuerste Produktionsstandort. Dabei wird die Stadt Jakarta sogar von den östlichen Gemeinden Bekasi und Karawang übertroffen, wo die indonesische Automobilindustrie beheimatet ist. Verhältnismäßig hohe Mindestlöhne haben auch die an Jakarta angrenzenden Tangerang City, Tangerang Selatan und Depok - allesamt Bestandteil des Großraums „Jabodetabek“ (Jakarta, Bogor, Depok, Tangerang, Bekasi). Sie verfügen ebenfalls über vergleichsweise viele Industrie- und Dienstleistungsjobs. Dies gilt genauso für den Großraum der zweitgrößten Stadt des Landes, das ostjavanische Surabaya.

Zentral- und Ostjava locken mit niedrigen Gehältern

Die niedrigsten Mindestlöhne finden sich im ländlichen Zentral- und Ostjava, vor allem um Yogyakarta. Diese Regionen sind stark bevölkert, die Konkurrenz um Arbeitsplätze hat dort unter anderem die Textil- und Möbelindustrie angezogen. Gesamtwirtschaftlich haben die Mindestlöhne aber nur eine begrenzte Aussagekraft über den Wohlstand einer Region. Denn mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer sind im informellen Sektor tätig. Und auch in formellen Beschäftigungsverhältnissen können Mindestlöhne leicht umgangen werden, etwa über Leiharbeit. In der Praxis müssen vor allem ausländische Firmen und Staatsbetriebe Mindestlöhne zahlen. Da ein erheblicher Teil der anderen Unternehmen das nicht unbedingt tut, liegen vielerorts die Durchschnittslöhne schätzungsweise in etwa auf dem Niveau des jeweiligen Mindestlohns.

US-Dollar und Euro schießen in die Höhe



Mit wachsender Inflation steigt die Wahrscheinlichkeit für Proteste

Ausländische Unternehmen profitieren derzeit von der schwachen Rupiah. So legte der US-Dollar seit Anfang 2022 um 10% zu. Die Arbeitskraft in Indonesien wird daher, in Dollar gemessen, trotz der bevorstehenden Mindestloohnerhöhungen günstiger. Doch allgemein bergen die hohen Währungsschwankungen der vergangenen Jahre Risiken. Zu Beginn der Coronakrise hatte es binnen zwei Monaten einen Kurssturz der Rupiah gegenüber dem US-Dollar um 20% gegeben - danach aber eine ebenso schnelle Erholung. Die Rupiah reagiert generell sensibel auf Zinserhöhungen der US-amerikanischen Zentralbank.

Der Euro verzeichnete 2022 gegenüber der Rupiah monatliche Wertschwankungen von mehr als 5%. Zwischen April 2021 und September 2022 hatte er zwischenzeitlich einen Wertverlust von fast 20% erlitten. In den darauffolgenden zwei Monaten legte er wieder um 11% zu. Auch auf Euro-Basis wurde Indonesien zum Jahresende 2022 trotz kommender Mindestloohnerhöhungen günstiger.

Hohe Inflation schürt Unzufriedenheit

Im September 2022 ist die Inflation in Indonesien auf 6% gestiegen, den höchsten Wert seit 2015. Vor allem Benzin und Grundnahrungsmittel sind teurer geworden. Das führt in weiten Teilen der Bevölkerung zu Unzufriedenheit und zur Forderung nach höheren Mindestlöhnen. Mancherorts könnten Proteste und Streiks noch zu nachträglichen Erhöhungen führen.

JAPAN / GELDPOLITIK: Yen gewinnt Status als sicherer Hafen zurück

Die Schwäche des Yen ist auf Zinsdifferenzen zwischen der gestrafften Politik der globalen Zentralbanken und der restriktiven Haltung der Bank of Japan, sowie auf einen Terms-of-Trade-Schock, der die Währung zum Schlusslicht der G10-Staaten macht, zurückzuführen.

In diesem Jahr werde sich laut Gareth Gettinby von Aegon Asset Management das Blatt für den Yen wenden. Nach ihm dürfte sich Japans Zahlungsbilanz aufgrund der verzögerten Auswirkungen des Rückgangs der Rohstoffpreise und der Wiedereröffnung der Grenzen verbessern. Die Energiesituation sollte sich nicht in gleichem Maße auswirken, zumal eine wesentliche Umstellung auf Kernenergie erfolgen werde. Gettinby erwartet, dass bis Ende 2023 ein Viertel der Gesamtmenge aus nuklearen Quellen stamme - was sich positiv auf die Außenbilanz und den Yen auswirke.

Die BoJ bleibt die einzige Zentralbank der G10, die ihre Geldpolitik unverändert beibehält. Sowohl die Inflation als auch die Inflationserwartungen Japans verbessern sich, aber wenn diese anhalte, könnte dies nach Gettinby die politische Entscheidungshaltung der BoJ ändern, besonders da die Amtszeit von Gouverneur Kuroda im April endet. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass die BoJ ihre Zinspolitik unter einem neuen Gouverneur ändern werde, jedoch sei eine Lockerung der Zinskurvensteuerung (YCC) durch eine Ausweitung des Ziels oder der Laufzeit laut Gettinby plausibel. Eine Änderung der YCC, niedrigere US-Renditen und eine globale Rezession werden dem Yen seinen Status als sicheren Hafen zurückgeben.

JAPAN / ROHSTOFFE: Versorgungssicherheit bei Seltenen Erden soll steigen

Japan will seine Beschaffung von Seltenen Erden diversifizieren. Um sich breiter aufzustellen, sucht das Land neue ausländische Bezugsquellen und will auch das Förderpotenzial auf dem eigenen Territorium ausloten. Der Bedarf für Seltene Erden wird zukünftig stark zulegen. Auch in Japan droht Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ab 2035 ein Verkaufsverbot. Sie werden dann durch elektrisch angetriebene Transportmittel ersetzt, in deren Antrieben Seltene Erden verbaut sind.



Das Land bezieht fast 60% seiner Seltenen Erden aus China

Vor allem für Energiespeicher werden in Zukunft Seltene Rohstoffe benötigt. Die Speicher werden sowohl in der Transportindustrie als auch für stationäre Anwendungen genutzt. Japans Automobilindustrie plant, auf dem Archipel bis 2030 eine Batterieproduktionskapazität von 150 GWh aufzubauen. Insgesamt wollen die Hersteller weltweit eine Kapazität von 600 GWh schaffen. Um im Jahr 2030 diese Jahresproduktionskapazität zu erreichen, rechnet die Batteriebranche mit einem Bedarf von 380.000 t Lithium. Darüber hinaus werden 600.000 t Graphit, 310.000 t Nickel, 60.000 t Kobalt und 50.000 t Mangan benötigt.

China ist gegenwärtig der wichtigste Lieferant von Seltenen Erden, und das nicht nur für Japan, sondern weltweit. Laut der US-Behörde United States Geological Survey dominierte die Volksrepublik im Jahr 2020 mit einem Anteil von 58% die weltweite Produktion von Seltenerden. Es folgten die USA mit 16%, Myanmar mit 13 und Australien mit 7%.

Japan bezieht gemäß den Angaben der Agency for Natural Resources and Energy fast 60% seiner Seltenen Erden aus China. Hier kann es leicht zu Unterbrechungen der Lieferkette kommen - so geschehen durch Produktionskürzungen im Zuge der Corona-Pandemie oder durch politisch motivierte Exportrestriktionen. Letzteres musste Japan im Jahr 2010 erfahren.

Daher fordert die japanische Regierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember, dass das Land die Abhängigkeit von bestimmten Ländern für Rohstoffe und kritische Erzeugnisse verringern soll. Dazu gehören unter anderem Seltene Erden wie auch andere stark nachgefragte Materialien. Insgesamt will die Regierung die wirtschaftliche Sicherheit des Landes stärken. Dies hat sie 2022 durch ein dezidiertes Gesetz untermauert.

Zwar ist klar, dass Japan als ressourcenarmes Land auf Importe von Technologierohstoffen auch in Zukunft nicht verzichten kann. Jedoch will die Regierung die Versorgung resilienter aufstellen. So sollen mit neuen Verfahren die im Meeresgrund auffindbaren Mineralien extrahiert werden. In der Nähe einer zu Japan gehörenden Inselgruppe im pazifischen Ozean hat ein Explorationsprojekt am Meeresboden Schlamm entdeckt, der genug Seltene Erden enthält, um eine Förderung zu erwägen.

Der Schlamm muss jedoch aus Tiefen von circa 6.000 m hochgepumpt werden. Das Pilotprojekt der Japan Agency for Marine Earth Science and Technology erhält Gelder aus dem Strategic Innovation Promotion Program der Regierung.

KAMBODSCHA / KONJUNKTUR: Wirtschaft erholt sich

Das Wirtschaftswachstum in Kambodscha nimmt Fahrt auf. Die Weltbank prognostiziert für 2023 eine reale Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von über 5% und für 2024 von mehr als 6%. Damit kommt das Entwicklungsland seinem Wachstumspfad, den es vor der Coronapandemie eingeschlagen hatte, wieder näher. Damals lagen die jährlichen Zuwachsraten bei rund 7%.

Wirtschaftliche Entwicklung 2022 bis 2024 in Kambodscha (reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr)			
	2022 *	2023 *	2024 *
Bruttoinlandsprodukt	4,8%	5,2%	6,3%
Landwirtschaft	1,3%	1,5%	1,5%
Industrieproduktion	8,6%	9,1%	9,2%
Dienstleistungen	0,9%	2,6%	4,9%

* Prognose / Quelle: Weltbank 2022

Der Landwirtschaftssektor macht knapp ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung aus. Überschwemmungen und hohe Kosten für Dünger machten den Bauern in 2022 zu schaffen. Der Sektor dürfte nach Prognosen der Weltbank 2023 und 2024 mit jeweils 1,5% etwas stärker wachsen. Die globale Klimakrise erschwert aber die Vorhersagen.

Die Nachfrage nach Textilwaren soll sich 2023 in den Hauptabsatzmärkten USA und Europa abkühlen. Die Ausfuhren von anderen Produkten wie Fahrrädern, Möbeln und Agrarerzeugnissen legen aber kräftig zu. Die gesamten Exporte wuchsen von Januar bis Oktober 2022 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 19% auf 18,7 Mrd US-Dollar. Ein Freihandelsabkommen zwischen Kambodscha und China erleichtert seit Anfang 2022 die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen ins Reich der Mitte. Südkorea gewährt Kambodscha ebenfalls leichtere Marktzugänge, unter anderem auch für Agrarerzeugnisse. Kambodscha streicht seinerseits Zölle auf 93,8% der Waren, die es aus Südkorea einführt.

Die USA nehmen über 40% der gesamten Ausfuhren ab. Die Exporte dorthin wuchsen zwischen Januar und Oktober 2022 um 25% gegenüber dem Vorjahr, obwohl die USA die präferenziellen Marktzugänge für Waren aus Kambodscha seit Dezember 2020 nicht verlängert haben. Die Europäische Union strich im August 2020 ebenfalls den präferenziellen, zollfreien Zugang für circa 20% der Importwaren aus Kambodscha.

Viele ausländische Investoren

Das ambitionierte Entwicklungsland zieht in Relation zu seinem Bruttoinlandsprodukt äußerst hohe ausländische Direktinvestitionen an. Die Weltbank schätzt, dass sich die FDIs 2022 auf 3,7 Mrd Dollar beliefen und circa 12% des BIP ausmachten. Im Jahr 2023 würden sie auf 4,4 Mrd Dollar und 2024 sogar auf 5,3 Mrd Dollar steigen, prognostiziert die Weltbank. Zudem ist der Jahreslohn für Arbeitskräfte in der Industrie nach Angaben der Außenwirtschaftsorganisation Japan External Trade Organization ein Drittel niedriger als in Vietnam oder Indien. Daran wird auch ein Beschluss der Regierung zum Mindestlohn wenig ändern. Anfang 2023 steigt er von 194 Dollar auf 200 Dollar pro Monat. Die Inflationsrate von circa 6% im Jahr 2022 wird nicht ausgeglichen.

China ist wichtigster Partner

Die Investitionsförderstelle Council for the Development of Cambodia (CDC) vergibt für qualifizierte Projekte langjährige Steuerbefreiungen und andere Anreize. Das Investitionsgesetz vom 15. Oktober 2021 hat das Antragsverfahren weiter vereinfacht. Die meisten Projekte, die der CDC 2022 genehmigte, fielen in die Kategorie Herstellung von Bekleidung und Reiseartikeln. Das wertmäßig größte Vorhaben war der Bau eines 1,3 Mrd Dollar teuren Seehafens in der Provinz Kampot, den chinesische Firmen errichten werden. Der CDC teilt mit, dass Beijings Firmen seit 1990 über 27 Mrd Dollar in Kambodscha investiert hätten und der Staat Zuschüssen zu Projekten in Höhe von 4,6 Mrd Dollar gewährt habe. China ist der wichtigste Partner und beide Länder beabsichtigen, die Partnerschaft zu vertiefen.

MALAYSIA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Anwar Ibrahim soll es richten

Am 19. November brachten die Parlamentswahlen in Malaysia kein eindeutiges Ergebnis, da die wichtigsten Parteien aufgrund des unbesetzten Parlaments nicht in der Lage waren, eine Regierung zu bilden. Fünf Tage später wurde Anwar Ibrahim, ein langjähriger ehemaliger Oppositionsführer, nach

Intervention des Königs zum Premierminister einer progressiveren und multiethnischen Koalition gewählt.



Der langjährige Oppositionsführer Anwar Ibrahim erhält seine Chance

Aus den jüngsten Wahlen lassen sich einige wichtige Lehren ziehen. Erstens war die politische Landschaft noch nie so zersplittert, da mehrere Parteien eine geringe bis mäßige Unterstützung erhalten. Die Oppositionskoalition Pakatan Harapan von Anwar Ibrahim gewann die meisten Sitze (82 von 222) vor der Koalition Perikatan Nasional von Ex-PM Muhyiddin Yassin. Die seit langem regierende Koalition der Barisan Nasional verlor weiter an Gewicht und erhielt nur noch 30 Sitze.

Zweitens ist die Position des 75-jährigen Anwar Ibrahim als Premierminister ein Meilenstein, der seine Beharrlichkeit nach zwei Jahrzehnten ständiger Opposition belohnt, während es ihm gelang, einen guten Grad an Popularität zu bewahren.

Drittens bestätigen die jüngsten politischen Entwicklungen die Ablehnung der politischen Eliten nach Jahrzehnten hoher politischer Stabilität und einer Reihe von Korruptionsskandalen. Die neue Einheitsregierung ist jedoch im Wesentlichen fragil und hängt von schwierigen politischen Kompromissen ab.

Darüber hinaus könnte Anwars Ziel, die Korruption einzudämmen und religiöse Spannungen abzubauen, mit einem zunehmenden Islamisierungsschub konfrontiert werden, der durch den Wahlerfolg der dominierenden Islamischen Partei (49 Sitze) und den anhaltenden pro-malaiischen Druck in allen sozioökonomischen Bereichen unterstrichen wird.

Wirtschaft steht unter Druck

Die schwierige Wirtschaftslage wird der Regierung den Antritt nicht erleichtern. Die steigende Inflation (4,5% im September) und die Verlangsamung des Wachstums (von 5,4% in 2022 auf 4,4% in 2023) im Kontext sich eintrübender weltwirtschaftlicher Aussichten für die wichtigsten Märkte in den USA und der EU beeinträchtigen die Binnen- und Auslandsnachfrage in der exportorientierten Wirtschaft. Daher wird die Regierung Anwar diesen beiden drängenden wirtschaftlichen Problemen wohl Priorität einräumen. Die hohen Rohstoffpreise ließen das BIP-Wachstum in Malaysias Wirtschaft im Laufe des Jahres ansteigen, trugen aber gleichzeitig dazu bei, die Inflation der Lebensmittelpreise anzuheizen und den malaysischen Ringgit auf einen historischen Tiefstand zu bringen (minus 7,5% gegenüber dem US-Dollar). Während die Zinssätze in diesem Jahr zur Bekämpfung der Inflation von 1,75% auf 2,75% angehoben wurden, dürfte der Inflationsdruck im Jahr 2023 allmählich nachlassen.

Haushaltsdefizit hat sich verdoppelt

Darüber hinaus hat die Regierung die Verbesserung der öffentlichen Finanzen im Blick, da die stützenden Maßnahmen im Rahmen von Corona, ergänzt durch erhöhte Lebensmittelsubventionen, das Haushaltsdefizit in den Jahren 2021 bis 2022 auf rund 5% des BIP mehr als verdoppelt haben. Dadurch ist die öffentliche Verschuldung von 57% des BIP im Jahr 2019 auf voraussichtlich 70% gestiegen. Steuererhöhungen werden daher wahrscheinlich nicht nur das Haushaltsdefizit senken, sondern auch höhere Sozial- und Infrastrukturausgaben finanzieren.

Was die Risikoeinstufung betrifft, so wird sich das Geschäftsumfeldrisiko (C/G) in den kommenden Monaten wohl nicht ändern und unterstreicht, dass die Risiken bei einem nach wie vor soliden realen BIP-Wachstum, einer relativ niedrigen Inflation und einem moderaten Abwertungsdruck relativ gering bleiben. Was die hohe Bewertung des kurzfristigen politischen Risikos in Malaysia (2/7) betrifft, so sind die Risiken ebenfalls relativ gering, könnten aber 2024 unter Druck geraten. In der Tat sind die

Devisenreserven aufgrund von Kapitalabflüssen und einem schrumpfenden Leistungsbilanzüberschuss auf das Niveau von 2020 gesunken. Angesichts des starken Anstiegs der Einfuhren beträgt die Deckung der Einfuhren weniger als 4 Monate und könnte weiterhin unter den hohen Rohstoffpreisen leiden.

MYANMAR / WIRTSCHAFT & KONJUNKTUR: Herausforderungen türmen sich auf

Die Weltbank schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im myanmarischen Fiskaljahr 2020/21 (Oktober bis September) preisbereinigt um 18% schrumpfte und im Folgejahr 2021/22 um rund 3% zulegte. Damit liegt die Wirtschaftsleistung deutlich unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Verlässliche Wirtschaftsdaten aus Myanmar sind derzeit aber kaum verfügbar.

Investitionen in die Infrastruktur finden angesichts leerer Kassen und des schwierigen Umfeldes kaum noch statt. Die wohlhabenden Bürger kaufen Immobilien, um ihre Ersparnisse gegen Wertverluste abzusichern. Im zweiten Quartal 2022 meldete das nationale Statistikamt eine Inflationsrate von 18%.

Mangelnde Devisen und komplexe Einfuhrverfahren verteuern und verknappen Importwaren. Die Restaurants und Einkaufszentren in der Metropole Yangon sind dem Vernehmen nach aber gut gefüllt.

Touristen und Geschäftsreisende können das Tropenland seit Mai 2022 wieder besuchen, es kommen aber nur wenige Gäste. Das Auswärtige Amt warnt wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen vor Reisen nach Myanmar und empfiehlt deutschen Staatsangehörigen weiterhin, das Land zu verlassen.

Seit dem Militärputsch am 1. Februar 2021 gilt der Ausnahmezustand. Die Verfassung schreibt vor, dass zwei Jahre danach Wahlen auszurufen sind. Beobachter können aber noch nicht einschätzen, wann im Jahresverlauf 2023 und in welchem Umfang Wahlen stattfinden werden.



Die EU bezeichnet Myanmar seit Oktober 2020 als Hochrisikoland

Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen Personen aus Myanmar seit dem Putsch ausgeweitet. Sie führt derzeit 84 natürliche und 11 juristische Personen auf ihrer Sanktionsliste. Zudem verbietet die EU-Ausfuhren von Rüstungsgütern. Waren mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use-Güter) sind zur Ausfuhr genehmigungspflichtig sowie für militärische Zwecke oder für militärische Endnutzer verboten.

Das statistische Bundesamt beziffert den Wert deutscher Exporte nach Myanmar im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 auf 84 Mio US-Dollar. Im Vorjahreszeitraum waren es 87 Mio Dollar gewesen. Deutschland liefert hauptsächlich Arzneimittel sowie Medizin-, Labor- und Energietechnik.

Die EU bezeichnet Myanmar seit Oktober 2020 als Hochrisikoland, das Geldwäsche und Terroris- musfinanzierung nur mangelhaft bekämpft. Das deutsche Geldwäschegesetz fordert verstärkte

Sorgfaltspflichten, wenn eine Person aus einem solchen Hochrisikodrittland an einer Finanztransaktion beteiligt ist.

Auf schwarzer Liste der FATF

Die internationale Organisation Financial Action Task Force (FATF) führt seit dem 21. Oktober 2022 Myanmar wegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung ebenfalls auf ihrer schwarzen Liste. Auf dieser stehen neben Myanmar nur noch Nordkorea und der Iran.

Die australische ANZ Bank kündigte im November 2022 an, dass sie sich aus operativen Gründen aus dem Land zurückziehen werde. Die ANZ hatte 2014 als eine der ersten internationalen Banken eine Lizenz von der myanmarischen Zentralbank erhalten. Andere ausländische Banken sind aber weiterhin vor Ort vertreten.

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO wirken sich Corona und der Militärputsch massiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen sei zwischen 2019 und 2021 von 22 Mio auf 19 Mio gesunken. Besonders die Bauwirtschaft, der Tourismus und die Bekleidungsindustrie hatten viele Arbeitskräfte entlassen.

Textilbranche stabilisiert sich

Die verbliebenen Textilfabriken melden inzwischen relativ volle Auftragsbücher. Sie sind in der Lohnfertigung tätig und beschäftigen überwiegend Frauen. Die Betriebe importieren sämtliche Vorprodukte und schneiden und nähen diese dann nach Vorgabe ihrer internationalen Kunden. Transporte im Inland sowie Ein- und Ausfuhren sind möglich. Firmen der Textilbranche sind von Sanktionen ausgenommen. Die EU gewährt Myanmar als einem der 46 weltweit am wenigsten entwickelten Länder weiterhin einen zoll- und quotenfreien Marktzugang.

Internationale Bekleidungskonzerne vergeben daher wieder Aufträge. Sie hatten nach dem Putsch ihr ausländisches Personal abgezogen, das inzwischen teilweise wieder zurückkehrt.

Auch Deutschland bezieht aus Myanmar hauptsächlich Bekleidungsstücke. Der Wert sämtlicher aus dem Land importierten Waren belief sich im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 auf 1,3 Mrd Dollar. Das war eine deutliche Zunahme gegenüber den Einfuhren in Höhe von 900 Mio Dollar im gleichen Vorjahreszeitraum.

Militär verkompliziert den Handel

Die europäische Handelskammer EuroCham in Yangon befragte im September 2022 europäische Unternehmen, was ihre größten Herausforderungen seien. Sicherheitsrisiken lagen nur auf Rang drei. Über 80% der Befragten nannten stattdessen Bankgeschäfte als Haupthindernis, darunter Überweisungen ins Ausland sowie das Kaufen und Abheben von US-Dollar. Regulatorische Herausforderungen standen mit 58% an zweiter Stelle, darunter die Beantragung von Einfuhrlicenzen und die Ausstellung von Geschäftsvisa.

TAIWAN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Ausfuhrbeschränkungen ausgeweitet

Die taiwanesischen Behörden haben im Zusammenhang mit den antirussischen Sanktionen beschlossen, die Kontrolle über die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen und chemischen Produkten nach Russland zu verschärfen, berichtet „TASS“ unter Berufung auf das taiwanesisches Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Die aktualisierte Liste der Produkte, die einer strengen Exportkontrolle unterliegen, um den Export von Produkten und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland und Weißrussland zu verhindern, umfasst eine Reihe von Produkten der chemischen und metallurgischen Industrie, Maschinenbauprodukte und Artikel, die von Strafverfolgungsbehörden verwendet werden können. Im April und Mai 2022 verhängte Taiwan ein Ausfuhrverbot für hochtechnologische Halbleiterprodukte nach Russland und Belarus infolge des Krieges in der Ukraine.

THAILAND / MEDIZINTECHNIK: Stabiler Wachstumspfad

Der thailändische Markt für Medizintechnik gilt nach dem in Malaysia als der zweitgrößte in Südostasien. Die Marktforscher von Fitch Solutions schätzen den Absatz 2022 auf 2 Mrd US-Dollar. Die Analysten prognostizieren, dass er mittelfristig um 5% jährlich zulegen werde.

Die Importe von Medizintechnik lagen im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 bei rund 1,1 Mrd Dollar. Sie entsprachen ungefähr dem Vorjahresniveau. Die Einfuhren legten in US-Dollar kaum zu, weil die Währung Thai Baht letztes Jahr an Wert gegenüber dem Dollar verloren hatte.

Die deutschen Lieferungen machen circa 9% der Importe aus und sind in der Elektromedizin besonders hoch. Die Perspektiven sind hier erfolversprechend, denn der Bestand an hochwertigen Geräten nimmt kontinuierlich zu.

Die Corona-Pandemie klingt aus und das Gesundheitssystem hat gezeigt, wie schlagfertig es auf Notlagen reagieren und Pandemien bewältigen kann. Die Weltgesundheitsorganisation lobt die medizinischen Fähigkeiten und bezeichnet das Gesundheitswesen als leistungsstark.

Das Coronavirus hat den Trend zu Digital Health beschleunigt. Das Gesundheitsministerium will öffentliche und private Gesundheitseinrichtungen enger verknüpfen, zentrale elektronische Patientenakten einführen und medizinische Daten digital analysieren.

Thailand gab nach letzten Berechnungen 2019 ungefähr 21 Mrd Dollar für die Gesundheit aus. Die Gesundheitsausgaben wachsen überproportional. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt stieg von 2005 bis 2019 von 3,1 auf 3,8%, er liegt aber immer noch unter den Anteilen in westlichen Industrieländern.

Die Einwohner sind im Mittel 40 Jahre alt. Das heißt, die zweitälteste Bevölkerung Südostasiens lebt im thailändischen Königreich. Die Geburtenrate ist niedrig und beträgt nur 1,5 Geburten je Frau, daher wird sich nach Schätzung der Weltbank der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung bis 2040 verdoppeln.

Immobilien-gesellschaften bauen daher Wohnanlagen für zahlungskräftige Ruheständler und investieren in Wellness-Kliniken für Langzeitkranke. Zunehmender Wohlstand und Übergewicht führen zu mehr Diabetes und Bewegungsmangel zu mehr Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Umfangreicher öffentlicher Gesundheitssektor

Bestand an Medizintechnik in Thailand (Stückzahlen)*	2019	2020	2021
Dialysegeräte	7.464	7.861	8.471
Ultraschallgeräte	5.477	6.115	6.531
Krankenwagen	5.228	5.432	5.693
Computertomografen	614	646	647
Geräte zur extrakorporalen Stoßwellentherapie	250	264	275
Kernspintomografen (MRI)	190	199	221
Geräte für die Radiochirurgie (Gamma Knife)	19	24	23

* Keine vollständige Erhebung in privaten EinrichtungenQuelle: Ministry of Public Health 2022

Rund 10.000 staatliche Gesundheitszentren und 1.041 öffentliche Krankenhäuser kümmern sich um die Gesundheit von Gering- und Normalverdienern. Dem Ministry of Public Health unterstehen davon 936 Krankenhäuser. Weitere 59 gehören zum Ministry of Defence und 21 zum Ministry of Education. Der Rest gehört anderen Ministerien und staatlichen Stellen.

Die Universitätskrankenhäuser bilden Ärzte und das Pflegepersonal aus. Ihre Fachabteilungen kaufen für Forschung und Lehre relativ moderne Medizin- und Labortechnik. Ihre Budgets sind allerdings limitiert.

Die medizinische Fakultät des Universitätskrankenhauses Siriraj besteht seit dem Jahr 1888 und das Siriraj Hospital ist mit mehr als 2.100 Betten das größte Krankenhaus des Landes. Das Rajavithi

Hospital in Bangkok kommt auf über 1.200 Betten und verfügt über Exzellenzzentren und Schulinrichtungen. Das King Chulalongkorn Memorial Hospital mit circa 1.400 Betten und das Ramathibodi mit 1.300 Betten sind weitere allgemeine Universitätskrankenhäuser in der Hauptstadt.

Auch außerhalb sind größere Häuser zu finden. Das Maharaj Nakorn Hospital in Chiang Mai verfügt über 1.400 Betten und das Srinagarind Hospital in Khon Kaen über 1.500 Betten.

Ein medizinischer Hub soll auch in der südöstlich von Bangkok gelegenen Sonderwirtschaftszone Eastern Economic Corridor entstehen. Die Universität Thammasat plant bei Pattaya ein Zentrum für medizinische Ausbildung, Forschung und Pflege, genannt EECmd, und das Pluak Daeng Hospital in der Provinz Rayong soll erstmals als ein öffentlich privates Gemeinschaftsunternehmen geführt und erweitert werden.

Schlechte Versorgungsdichte in ländlichen Regionen

Das Gesundheitsministerium zählte 2021 landesweit 38.820 Ärzte, davon arbeiteten 8.276 in privaten Einrichtungen. Spitzenmediziner bieten ihre Dienste oft in mehreren Hospitälern in der Hauptstadt an. Dagegen ist die Versorgungsdichte in ländlichen Regionen nicht ausreichend.

Ärzte benötigen eine nationale Ausbildung und Zulassung vom Medical Council of Thailand. Bei den Qualifikationen des sonstigen medizinischen Personals besteht nach Ansicht der Experten Nachholbedarf. Die Einführung von neuen Geräten erfordert daher leicht verständliche Schulungsmaterialien und praxisorientierte Trainings.

Das Ministry of Public Health erhält 2023 ein Budget von umgerechnet circa 3,9 Mrd Dollar. Weitere 6 Mrd Dollar fließen an das National Health Security Office (NHSO), welches eine weitgehend kostenfreie Heilfürsorge bezahlt. Das Programm Universal Coverage Scheme (UCS) versorgt ungefähr 47 Mio Einwohner, also zwei Drittel der Bevölkerung,

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: China verliert im Export an Bedeutung

Zum siebten Mal in Folge ist China 2022 Deutschlands größter Handelspartner geblieben. Aber die Gewichte verschieben sich: Im vergangenen Jahr stand die Volksrepublik nur noch auf Rang 4 der Top-Exportmärkte, nachdem sie 2021 noch den zweiten Platz belegt hatte, so die Prognose von GTAI. Dagegen dürften die Importe aus dem Reich der Mitte um fast 50 Mrd Euro beziehungsweise um 36,5% rasant zugelegt haben. Damit steigt die Abhängigkeit vom Beschaffungsmarkt China. Der Handelsbilanzsaldo erreichte einen neuen Negativrekord.

Der deutsche Außenhandel insgesamt ist den Hochrechnungen zufolge 2022 auf einen Rekordwert von mehr als 1,58 Bill Euro gestiegen. Den Corona-Einbruch hatte er schon im Vorjahr wettgemacht. Die deutschen Ausfuhren sind damit gegenüber 2021 um rund 14,7% gewachsen, während die Einfuhren letztes Jahr mit 25,6% auf rund 1.51 Bill Euro sogar noch kräftiger gestiegen sein dürften. Der Außenhandelsüberschuss erreichte mit knapp 70 Mrd Euro einen neuen Tiefstand. Noch 2021 hatte er mit 175 Mrd Euro mehr als das Doppelte betragen.



Die Aussichten für den Handel mit der Volksrepublik 2023 sind gemischt

Die Aussichten für den Handel mit China sind 2023 gemischt. Einerseits sendet die Öffnung im Reiseverkehr positive Signale für Neugeschäfte und den Export. Auf der anderen Seite ist die Stimmung unter den deutschen Unternehmen in der Volksrepublik gedämpft und nicht wenige orientieren sich schon um. Sie suchen neue Absatzmärkte in Asien, erschließen Rohstoffquellen in Südamerika und ein Teil der Exportproduktion wandert nach Osteuropa oder die Türkei. Der chinesische Außenhandel entwickelte sich zuletzt negativ, die Aussichten für die chinesische Wirtschaft sind in diesem Jahr allerdings besser.

Die Prognosen von GTAI auf Basis von Destatis-Handelsdaten für die ersten elf Monate 2022 zeigen, dass der Außenhandel mit China erstmals die Schwelle von 300 Mrd Euro überschritten haben dürfte, eine Steigerung um 22,6% gegenüber 2021. Doch die Schere zwischen Im- und Exporten drifft zunehmend auseinander. Das Reich der Mitte bleibt das mit Abstand wichtigste Lieferland und baut diesen Vorsprung noch weiter aus: Mit fast 13% erreichte der chinesische Lieferanteil im Zeitraum Januar bis November letzten Jahres einen neuen Spitzenwert. Damit steigt die Importabhängigkeit weiter.

Denn der Export Richtung China schwächelt. Mit einem Anstieg von nur 3,7% laut Prognose für das Gesamtjahr 2022 lag die Performance deutlich unter der Entwicklung der gesamten deutschen Ausfuhren, während in den Vorjahren die Volksrepublik stets an der Spitze zu finden war. Damit rutschte China 2022 von Rang 2 im Jahr 2021 auf Rang 4 der bedeutendsten Absatzmärkte der Bundesrepublik ab. Seit dem Jahr 2017 hat das Reich der Mitte stets einen der ersten drei Plätze belegt.

Der Saldo aus Exporten und Importen mit China stieg 2022 GTAI-Berechnungen zufolge für Deutschland auf ein Defizit von 87,8 Mrd Euro an und erreichte damit ebenfalls einen Spitzenwert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Handelsbilanzdefizit damit mehr als verdoppelt.

DEUTSCHLAND / EXPORTFINANZIERUNG: Unterstützung für KMU bei Small Tickets

Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mitteilt, hat es sich zusammen mit dem Bundesministerium der Finanzen auf ein Instrument der Außenwirtschaftsförderung geeinigt, mit dem die Exportkreditgarantien des Bundes (Hermesdeckungen) ergänzt werden. Damit wird ein Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner vom Bundeswirtschaftsministerium dazu: „Mit dem neuen Instrument helfen wir kleinen und mittelgroßen Unternehmen, im Auslandsgeschäft ihr volles Potenzial zu nutzen. Die neuen Garantien helfen den Firmen dabei, ihre Zahlungsrisiken im Auslandsgeschäft zu verringern. Damit wird eine seit Jahren bekannte Lücke bei Exportgarantien mit Auftragswerten unter 10 Mio Euro geschlossen.“



Für kleinere Exportgeschäfte wird nun eine Forfaitierungsgarantie angeboten

Der Parlamentarische Staatssekretär Florian Toncar vom Bundesfinanzministerium sagt: „Es ist geplant, die Forfaitierungsgarantie bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 einzuführen. Der Bund kann mit diesem Instrument den Banken den Großteil der Risiken aus der Übernahme von bundesgedeckten Forderungsverkäufen der Exporteure aus zugrunde liegenden Ausfuhrgeschäften gegen Zahlung einer entsprechenden Prämie abnehmen. So verschaffen wir exportorientierten KMU spürbare Liquiditätsspielräume.“

Reguläre Exportkreditgarantien des Bundes können gewährt werden, wenn deutsche Unternehmen Produkte an ausländische Besteller liefern. Zur Finanzierung des Kaufs nimmt der Besteller einen Exportkredit bei einer deutschen Bank auf. Zuvor prüft das Geldinstitut die Kreditwürdigkeit des ausländischen Bestellers. Der Bund bürgt der Bank gegenüber für diesen Kredit, das heißt bei Zahlungsunfähigkeit seitens des ausländischen Bestellers ersetzt der Bund dem Kreditinstitut den Großteil des Forderungsausfalls. Durch dieses Instrument wird es deutschen Unternehmen erleichtert, Liefergeschäfte mit ausländischen Firmen abzuschließen.

Der Bund hat 2022 solche Exportkreditgarantien in Höhe von etwa 15 Mrd Euro gewährt.

Für kleinvolumige Exportgeschäfte unterhalb von 10 Mio Euro bietet der Bund mit der Forfaitierungsgarantie jetzt ein ergänzendes Instrument an. Es handelt sich um eine für die Banken vereinfachte Form der Exportfinanzierung.

Im ersten Schritt gewährt der deutsche Exporteur seinem ausländischen Besteller einen sogenannten Lieferantenkredit (Zahlungsziel später als Liefertermin). Im zweiten Schritt kauft die Bank dem Exporteur diese Forderung ab (Forfaitierung) und verschafft diesem somit neue Liquidität. Der Bund garantiert dem Geldhaus gegenüber für diese Forderung, das heißt bei Zahlungsunfähigkeit des ausländischen Bestellers ersetzt der Bund der Bank den Forderungsausfall zu 80%.

Es ist geplant, diese Forfaitierungsgarantie bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 einzuführen. So verschafft der Bund exportorientierten KMU spürbare Liquiditätsspielräume.

DEUTSCHLAND / RECHT: Das mittelbare Bereitstellungsverbot...

... und seine Folgen

Oligarchen verfügen häufig nicht nur über große Geldvermögen, sondern auch über Firmenanteile. Was müssen Exporteure beachten, wenn sie feststellen, dass hinter ihrem nicht gelisteten Kunden ein gelisteter Anteilseigner oder Geschäftsführer steht? Welche Fragen und rechtlichen Risiken stecken im mittelbaren Bereitstellungsverbot?

Ausgangsfall: Firma D in Deutschland plant, für die Montage beziehungsweise Herstellung von Bauteilen, die speziell für einzelne Kunden konzipiert sind, die serbische Gesellschaft S zu beauftragen, da diese preisgünstiger (als eine vergleichbare deutsche Firma) ist. Für die Montage würde sie S Geld und für die Herstellung Zeichnungen und benötigte Vorprodukte bereitstellen. Darf D den Auftrag an S erteilen, wenn D feststellt, dass S möglicherweise wie folgt „mittelbar gelistet“ ist? Dazu die folgenden Fakten:

- S ist eine 100%-Tochter der R-Group aus Russland, die selbst nicht gelistet ist, aber deren Geschäftsführer der Oligarch O ist, der in Anhang I der Ukraine-VO gelistet ist.
- Die 100%-Mutter der R-Group, die M-Group, gehört zu 49% dem gelisteten Oligarchen O, der auch Geschäftsführer der M-Group ist.

Abwandlung: Hier steht S zu 100% im Eigentum des gelisteten Oligarchen O. S legt aber Bescheinigungen vor, aus denen sich ergibt, dass O keine Kontrolle über die Geschäfte von S ausübt und dass O insbesondere keine Vollmacht hat, auf die Konten von S zuzugreifen. Darf D jetzt S das Geld für die Montage bereitstellen?

Das Bereitstellungsverbot: Gelisteten dürfen keine Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen bereitgestellt werden. Bei gelisteten Personen besteht neben dem Einfrieren ihrer Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen ein unmittelbares und mittelbares Bereitstellungsverbot. Danach dürfen gelisteten Personen - weder unmittelbar noch mittelbar - Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Unklar ist, wann von einem mittelbaren Bereitstellungsverbot auszugehen ist. Die zuständigen EU-Verordnungen enthalten hierzu keine Hinweise - vielmehr sind dazu die EU-Sanktionsleitlinien heranzuziehen.

Ein mittelbares Bereitstellungsverbot liegt danach vor, wenn der Kunde im Eigentum oder unter der Kontrolle der gelisteten Person steht. Dies wird dann bejaht, wenn der gelistete Eigner 50% oder mehr der Anteile am nicht gelisteten Kunden hält, beziehungsweise wenn er einen beherrschenden Einfluss auf die Geschäfte des nicht gelisteten Kunden ausübt. Vergleichbare Maßstäbe gelten auch für gelistete Geschäftsführer. Über die EU-Sanktionsleitlinien sind Ausnahmen vom mittelbaren Bereitstellungsverbot möglich, wenn festgestellt werden kann, dass die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen nicht von der gelisteten Person verwendet werden oder ihr zugutekommen: Anhand eines risikobasierten Ansatzes und unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls ist zu ermitteln, ob vernünftigerweise erwartet werden kann, dass diese Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen vom nicht gelisteten Kunden an den gelisteten Anteilseigner/Geschäftsführer weitergeleitet werden. Hierfür sind unter anderem zu berücksichtigen: das Datum des Vertrags, die Relevanz des Tätigkeitsbereichs des nicht gelisteten für das gelistete Unternehmen, die Frage einer möglichen praktischen Verwendung der Gelder/wirtschaftlichen Ressourcen durch das gelistete Unternehmen etc.

Lösung Ausgangsfall

Die zentrale Ausgangsfrage ist, ob für S das mittelbare Bereitstellungsverbot gilt. Da der Gelistete O etwas weniger als 50% der Anteile besitzt, hängt dies davon ab, ob man hier davon ausgeht, dass O einen beherrschenden Einfluss auf das Tages- und Exportgeschäft von S ausübt. Sofern man dies bejaht, müsste Folgendes geprüft werden:

Bereitstellung von Geld für die Montage: Da bei Geld grundsätzlich die Gefahr einer Weitergabe an den Gelisteten besteht, wurde in einem konkret beratenen Fall auf die Ausnahmen nach den EU-Sanktionsleitlinien hingewiesen: Erstens waren die Tätigkeitsbereiche vom Kunden S und vom Eigner O sehr unterschiedlich, und zweitens lag eine Bankbestätigung vor, wonach O nicht auf das Konto von S zugreifen könne. Auch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ging - im Rahmen einer Sonstigen Anfrage - davon aus, dass hier keine Gefahr einer Weiterlieferung der Gelder an O bestand, wobei die Frage, ob tatsächlich eine „mittelbare Listung“ besteht, offengelassen wurde.

Bereitstellung von technischen Zeichnungen beziehungsweise von Vorprodukten für die Herstellung: Hier ist die entscheidende Frage, ob die Zeichnungen als wirtschaftliche Ressource anzusehen sind - falls ja, dürften sie S (bei Eingreifen des mittelbaren Bereitstellungsverbotes) nicht zur Verfügung gestellt werden. „Wirtschaftliche Ressourcen“ sind „Vermögenswerte jeder Art, unabhängig davon, ob sie materiell oder immateriell, beweglich oder unbeweglich sind, bei denen es sich nicht um Gelder handelt, die aber für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen verwendet werden können“.

Nach dem engen Verständnis der überwiegenden Meinung sind Dienstleistungen in der Regel nicht erfasst, weil nicht jede Dienstleistung unmittelbar zum Erwerb von Geldern verwendet werden kann. Wenn man dies auf Zeichnungen überträgt, würde das bedeuten, dass nur solche technischen Zeichnungen als wirtschaftliche Ressource anzusehen sind, die einen handelbaren Marktwert haben, weil

sie ohne Weiteres gegen Geldzahlung an Dritte abgegeben werden können. Wenn D nachweisen kann, dass wegen der Unikatheit der Bauten die Zeichnungen kaum einen solchen handelbaren Marktwert haben, dürften gute Chancen bestehen, das BAFA zu überzeugen, dass hier das mittelbare Bereitstellungsverbot nicht greift.

Zu den Vorprodukten: Sofern die Vorprodukte ebenfalls nur für die Unikatheit der Bauten verwendbar sein sollten, können sich hier gleiche Fragen stellen. Die Differenzierung danach, ob ein Marktwert besteht oder nicht, wird häufig beim Bereitstellen von Waren nicht geteilt (wir meinen: diese Auffassung sollte überdacht werden). Daher sind hier die Chancen geringer, das BAFA davon zu überzeugen, das mittelbare Bereitstellungsverbot nicht greifen zu lassen.

In einem konkret beratenen Fall wurde allerdings bestätigt, dass das mittelbare Bereitstellungsverbot hier nicht beachtet werden braucht - dies hing allerdings primär damit zusammen, dass das BAFA davon ausging, dass hier die Voraussetzungen für ein mittelbares Bereitstellungsverbot nicht vorliegen. Dies konnte unter anderem deswegen erreicht werden, weil Maßnahmen gegen eine Weiterleitung getroffen worden waren.

Lösung Abwandlung

Da der gelistete Oligarch O hier 100% der Anteile hält, greift das mittelbare Bereitstellungsverbot grundsätzlich. Nach den FAQ der Bundesbank gilt das uneingeschränkt dann, wenn der nicht gelistete Kunde außerhalb der Europäischen Union sitzt und von einem Gelisteten kontrolliert wird. Wenn der Kunde hingegen seinen Sitz in der EU hat, könne - so die Bundesbank - in der Regel davon ausgegangen werden, dass D an das strafrechtlich bewährte Bereitstellungsverbot gebunden sei. Im Zweifel werde er sich an das Bereitstellungsverbot halten, sofern sich nicht aus den Umständen des Einzelfalls etwas anderes ergibt. Das bedeutet, dass selbst bei einem Kunden in der EU noch eine Einzelfallprüfung erforderlich ist.

Da S in Serbien sitzt und Serbien - anders als etwa seine Nachbarstaaten Kroatien und Slowenien - nicht zu den EU-Mitgliedern gehört, ist hier eine umfassende Risikoabwägung aller Umstände des Einzelfalls erforderlich, ob das Risiko einer Weitergabe an den Gelisteten O besteht. Daher empfiehlt es sich, eine Sonstige Anfrage beim BAFA zu stellen, um eine rechtssichere Antwort zu erhalten, ob hier - trotz der vorgelegten Bescheinigungen - dieses Weitergaberrisiko greift - zumindest sollte ein Exportanwalt diese Rechtslage begutachten.

Eine andere Frage ist, ob man dies auch dann machen sollte, wenn der Kunde in der Europäischen Union ansässig ist: Bei einem 100%-Anteil eines Gelisteten ist unseres Erachtens das Risiko sehr hoch, dass der Gelistete O, der seinen Sitz außerhalb der EU hat (wenn er auch innerhalb der Europäischen Union seinen Sitz hätte, wäre das Vermögen in der EU eingefroren), auf das an S überreichte Geld zugreifen könnte. Dies müssen die Exporteure selbst entscheiden, wobei sie das hohe Risiko eines Sanktionsverstößes berücksichtigen müssen: Bei einem Verstoß gegen das Bereitstellungsverbot drohen Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren, wenn (bedingter) Vorsatz vorliegt.

Resümee

Das mittelbare Bereitstellungsverbot wird vor allem seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine immer wichtiger, nachdem zahlreiche Personen in der Ukraine-VO gelistet worden sind: Vor allem die Frage, ob hinter einem nicht gelisteten Kunden ein gelisteter Anteilseigner (zum Beispiel ein Oligarch) steht, enthält immer mehr Brisanz. Nicht nur bei Kunden, Endverwendern und Dienstleistern in Russland sollten die Anteilseigner und Geschäftsführer geprüft werden, sondern möglichst auch in anderen Ländern - die Erfahrung zeigt nämlich, dass auch hinter einem europäischen Unternehmen ein gelisteter Oligarch als Anteilseigner stehen kann.

Wenn das mittelbare Bereitstellungsverbot ausgelöst wird, stellen sich für Exporteure schwierige Rechtsfragen sowie tatsächliche Unsicherheiten bezüglich Anteilseignerschaft, die sie aber beantworten müssen, um eine mögliche Haftstrafe wegen eines Verstößes gegen das Bereitstellungsverbot zu vermeiden.

Hierzu gehören Fragen wie: Welche Dienstleistungen können als wirtschaftliche Ressourcen angesehen werden? Gilt der Marktwertansatz nur für Dienstleistungen oder möglicherweise auch für Waren? Oder eine andere Frage: Reicht der Umstand, dass der nicht gelistete Kunde seinen Sitz in der EU

hat, dafür aus, um das Risiko einer Weiterlieferung von Geld/wirtschaftlichen Ressourcen an den gelisteten Anteilseigner abzulehnen? Wir denken, dass dies nur einer von mehreren Faktoren ist, die im Einzelfall abzuwägen sind.

Wenn hier ein rechtlicher Graubereich verbleibt, sollte der Exporteur aufgrund der hohen möglichen Sanktionen rechtliche Absicherungen vornehmen, zum Beispiel durch ein Anwaltsgutachten oder durch eine Sonstige Anfrage beim BAFA.

PD Dr, Harald Hohmann, Rechtsanwalt

EUROPA / SELTENE ERDEN: Fund in Schweden birgt Hoffnung auf ein Stück Unabhängigkeit von China

Bislang ist China absoluter Weltmarktführer bei seltenen Erden. Ein Fund in Schweden könnte daran etwas ändern. Ein schwedisches Bergbauunternehmen hat nach eigenen Angaben das größte bekannte Vorkommen seltener Erden in Europa entdeckt. Die Lagerstätte in der Nähe einer großen Eisenerzgrube in Kiruna umfasst mehr als 1 Mio t an Selteneroxiden, wie der Staatskonzern LKAB vor einem Besuch der EU-Kommission in der Region bekanntgab. Diese Menge würde ausreichen, um einen Großteil der künftigen EU-Nachfrage für die Herstellung von Permanentmagneten zu decken, die für Elektromotoren unter anderem in E-Fahrzeugen und Windkraftanlagen benötigt werden. Dies berichtet Energie & Management unter Berufung auf die dpa.

Seltene Erden stecken etwa in Gebrauchsgegenständen wie Smartphones, Laptops und Fernsehern. Den Weltmarkt dominiert China, während in Europa derzeit kein Abbau von Seltenerdelementen stattfindet. Europäische Länder sind bei der Produktion von E-Autos und Windrädern daher auf Importe angewiesen. Diese Produkte brauchen starke Permanentmagnete, die im Falle von E-Autos je nach Motorengröße ein halbes bis mehrere Kilogramm der seltenen Erden Neodym und Praseodym enthalten.

Ein Vertreter des deutschen Autozulieferers Schaeffler betonte in Kiruna die Bedeutung der Rohstoffförderung in Europa. Schaeffler plane, viele Millionen Elektromotoren zu produzieren, sagte der für das Autogeschäft zuständige Einkaufsleiter Florian Schupp. Dafür brauche es seltene Erden. Heute kaufe Schaeffler außerhalb Europas ein - Ziel sei es aber, den Bedarf zunehmend in Europa zu decken.

Stärker gefördert werden sollen Minenprojekte wie die in Schweden auch aus Brüssel. So will die EU-Kommission im Frühjahr Maßnahmen vorschlagen, mit denen die strategische Autonomie Europas in Bezug auf wichtige Rohstoffe gestärkt werden soll. Ein Argument ist auch, dass es ohne diese Autonomie keinen ökologischen und digitalen Wandel geben könne.



Fast den kompletten Seltene-Erden-Bedarf bezieht Europa aus der Volksrepublik

Einem Kommissionsbericht aus dem Jahr 2020 zufolge bezog die EU zu dieser Zeit 98% ihres Bedarfs an seltenen Erden aus China. Das bedeutet gleichzeitig, dass Europa ein riesiges Problem bekommen würde, sollte die Volksrepublik die Belieferung aus politischen oder strategischen Gründen drosseln oder sogar einstellen. Zudem dürfte der Bedarf im Zuge der Elektrifizierung weiter stark steigen. "Die Nachfrage nach seltenen Erden, die in Permanentmagneten, etwa für Elektrofahrzeuge, digitale Technologien oder Windgeneratoren zum Einsatz kommen, könnte sich bis 2050 verzehnfachen", heißt es in dem Kommissionspapier.

Der Weg zum möglichen Abbau der Metalle in Kiruna ist nach LKAB-Angaben allerdings lang. Erster Schritt sei die Beantragung einer Zulassung wohl noch in diesem Jahr. Mit Blick auf andere Genehmigungsverfahren in der Industrie dürfte es mindestens 10 bis 15 Jahre dauern, bevor man tatsächlich mit dem Abbau beginnen und Rohstoffe auf den Markt bringen könne.

EUROPA / ZOLL: EU: Aktualisierung der Aussetzungen und Kontingente

Für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren ist die Produktion innerhalb der Europäischen Union nicht ausreichend oder gar nicht vorhanden. Vor diesem Hintergrund werden zum einen die Zölle für die Einfuhr bestimmter Waren ausgesetzt und zum anderen autonome Zollkontingente eröffnet. Das soll eine ausreichende und kontinuierliche Versorgung sicherstellen.

Die Aussetzungen und Kontingente werden regelmäßig überprüft und angepasst. Die Kommission hat die aktuellen Änderungen zum 1. Januar 2023 veröffentlicht:

- Aussetzungen: Verordnung (EU) 2022/2583; ABI. L 340 vom 30. Dezember 2022; S. 1;
- Kontingente: Verordnung (EU) 2022/2563; ABI. L 330 vom 23. Dezember 2022, S. 109.

Die Zollausssetzungen und Kontingente gelten - bis auf wenige Ausnahmen - nicht für Erzeugnisse mit Ursprung in Russland und Belarus.

Die Verordnungen zur Aussetzung (EU) Nr. 1387/2013 sowie zu den Zollkontingenten (EU) Nr. 1388/2013 wurden im Dezember 2021 aufgehoben und ersetzt:

- Aussetzungen: Verordnung (EU) 2021/2278; ABI. L 466 vom 29. Dezember 2021, S. 1.
- Zollkontingente: Verordnung (EU) 2021/2283; ABI. L 458 vom 22. Dezember 2021, S. 33;

Hintergrund der Ersetzung ist die zum 1. Januar 2022 in Kraft getretene neue Ausgabe des Harmonisierten Systems. Daraus ergaben sich weitreichende Änderungen der Kombinierten Nomenklatur, die wiederum umfangreiche Änderungen der beiden Verordnungen zur Folge gehabt hätten.

NORWEGEN / ZOLL: Die neuen Vorschriften für 2023

Seit dem 1. Januar 2023 bestehen neue Zollvorschriften. Die meisten der bestehenden Rechtsvorschriften werden in neuer Form weitergeführt, aber es gibt auch tatsächliche Änderungen bei den Zollverfahren und Zuständigkeiten.

Für Exporteure nach Norwegen ist es wichtig, die neuen Rechtsvorschriften zu verstehen und Änderungen in den logistischen Verfahren und IT-Systemen vorzunehmen, um Verzögerungen und Missverständnisse beim Versand in das Land zu vermeiden.



2023 treten zwei Vorschriften in Kraft, die das bisherige Zollgesetz ersetzen

Das derzeitige Zollgesetz wurde ab dem 1. Januar durch zwei neue Rechtsvorschriften ersetzt. Die Vorschriften über die Zölle sind im Zollgesetz enthalten, während die Zollverfahren im Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Waren geregelt sind. Zu jedem der Gesetze gibt es auch neue Verordnungen.

Der größte Teil der bestehenden Rechtsvorschriften wurde ohne Änderungen in das neue Gesetz übernommen. Alle rechtlichen Verweise sind natürlich neu, aber diese sind vor allem für die Zollbehörden und Zollberater wichtig.

In Norwegen muss der Spediteur bestätigen, dass die Waren aus Norwegen verbracht werden, indem er einen Stempel, eine Unterschrift oder ähnliches in der Ausfuhranmeldung anbringt. Diese sehr altmodische und unpraktische Vorschrift wird in der neuen Gesetzgebung beibehalten, auch wenn PwC und andere die Behörden aufgefordert haben, die Gesetzgebung in dieser Hinsicht zu modernisieren. Die Vorschrift ist für die Exporteure von besonderer Bedeutung, da die beglaubigte Ausfuhranmeldung eine Voraussetzung für die Mehrwertsteuer-Nullbewertung von Exportverkäufen ist.

Berichtigung von Einfuhranmeldungen

Früher akzeptierten die Zollbehörden, dass Änderungen an den angemeldeten Informationen, die eine große Anzahl von Zollanmeldungen betrafen, vorgenommen werden konnten, indem sie die Zollbehörden in einem Schreiben über die Notwendigkeit von Berichtigungen informierten, woraufhin die Zollbehörden eine einzige Berichtigungserklärung für den gesamten Zeitraum ausstellten. Dies ist zum Beispiel relevant, wenn TP-Anpassungen zu Änderungen des Zollwerts für Waren führen, die während eines ganzen Jahres eingeführt werden.

In den letzten Jahren sind die Zollbehörden dazu übergegangen, jede einzelne der in dem betreffenden Zeitraum eingereichten Zollanmeldungen zu berichtigen, was für Importeure, die häufig nach Norwegen einführen, zu einem erhöhten Kosten- und/oder Arbeitsaufwand führt. Diese Verwaltungspraxis/Auslegung scheint sich in den neuen Rechtsvorschriften fortzusetzen, aber sie enthalten auch eine Bestimmung, die den Behörden in besonderen Fällen eine flexiblere Vorgehensweise ermöglicht. Der Begriff „Sonderfall“ wird nicht näher definiert.

Neue Anforderungen an die Zollvertreter

In dem Bemühen, das norwegische Zollrecht an das EU-Zollrecht anzugleichen, wurden die Vorschriften für die Zollvertretung geändert und erweitert. Seit dem 1. Januar müssen Zollagenten und andere Dritte, die im Namen von Importeuren und Exporteuren handeln, nachweisen können, dass der Dritte tatsächlich vom Importeur/Exporteur durch eine formelle oder informelle Vollmacht dazu bevollmächtigt ist.

Dies wird in vielen Situationen schwierig sein, da es sehr üblich ist, dass der ausländische Verkäufer den Transport nach Norwegen arrangiert und der Transporteur oft auch die Zollabfertigung durchführt. In diesen Fällen gibt es keine Vereinbarung zwischen dem Zollagenten und dem Einführer.

Wenn der Zollmakler nicht nachweisen kann, dass das Unternehmen berechtigt ist, im Namen des Einführers zu handeln, kann der Zollmakler direkt für eine möglicherweise fehlerhafte Zollabfertigung verantwortlich gemacht werden, einschließlich möglicher zusätzlicher Abgaben und Einfuhrumsatzsteuer. Dies kann indirekt auch Auswirkungen auf den Verkäufer im Ausland haben, da der Verkäufer dem Zollmakler Informationen zur Verfügung gestellt hat, die für die Anmeldung der Waren verwendet werden, und der Zollmakler den Verkäufer wahrscheinlich für etwaige Fehler in diesem Material verantwortlich machen wird.

Große Änderungen beim Verfahren

Das Verfahren zur Anmeldung von Waren zum zollrechtlich freien Verkehr in Norwegen hat sich erheblich geändert. Nach den bisherigen Vorschriften konnten Waren, die sich im Versandverfahren befinden, innerhalb von zehn Tagen nach Ankunft der Waren beim norwegischen Kunden verzollt werden. Nun müssen die Waren vor der Einfuhr nach Norwegen verzollt werden. Der Versand von Waren in das Land, bei dem zum Zeitpunkt der Abreise nicht alle Papiere in Ordnung sind, ist daher nicht mehr möglich.

Die Änderung geht mit einer völlig neuen elektronischen Meldepflicht in Bezug auf die physischen Sendungen und die Transportmittel als solche einher. Die neue Meldepflicht kommt zu der Verpflichtung hinzu, die Waren zu verzollen und möglicherweise ein Versandverfahren in Norwegen abzuschließen.

Die Umsetzung dieses Teils der neuen Zollvorschriften wird schrittweise erfolgen, und zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht klar, wann die Teile des neuen Einfuhrverfahrens verbindlich werden. Spediteure,

Zollagenten und Importeure haben gefordert, dass die neuen Vorschriften ab 2025 verbindlich werden, während die Zollbehörden mitgeteilt haben, dass sie ab September/Oktober 2023 eine obligatorische Zollabfertigung vor der Einfuhr vorsehen wollen.

Die Änderungen werden höchstwahrscheinlich sowohl Importeure in Norwegen als auch Lieferanten im Ausland, Spediteure und Zollmakler betreffen. Höchstwahrscheinlich müssen sowohl die Versandverfahren (einschließlich Informationsaustausch) als auch die Dokumentation und die IT-Systeme geändert werden.

Es gibt auch einige andere kleinere Anpassungen der Vorschriften, die die meisten Importeure/Exporteure nicht betreffen, wie die Ausweitung der Begünstigung von Sendungen an Konsularbehörden.

POLEN / FORDERUNGSMANAGEMENT: Zahlungsdisziplin verschlechtert sich

Die jüngste Umfrage des Kreditversicherers Coface zu den Zahlungserfahrungen in Polen zeigt, dass sich viele Unternehmen im Jahr 2022 bei den eingeräumten Fristen großzügiger zeigten. Gleichzeitig hat sich die Zahlungsdisziplin verschlechtert, denn 61% der polnischen Firmen berichten von Verzögerungen.

Die befragten polnischen Unternehmen zeigten sich trotz des Krieges in der angrenzenden Ukraine vergleichsweise großzügig, denn die gewährte Zahlungsfrist stieg von durchschnittlich rund 42 Tagen im Jahr 2021 auf 46 Tage 2022. Zum Vergleich: In Deutschland betrug die Lieferantenkredit-Laufzeit bei der letzten Befragung im Sommer 2022 33 Tage. Die restriktivsten Branchen in Polen sind der Textilsektor mit einem Zahlungsziel von 32 Tagen (minus 7 Tage gegenüber 2021) und die Papier- und Holzbranche mit 35 Tagen (minus 4). Auffällig ist, dass Betriebe der Baubranche ihr Geld deutlich früher einfordern: Hier ging die Zahlungsfrist von 73 Tagen (2021) auf 50 Tage im Jahr 2022 zurück. Die längsten Zahlungsziele werden in der Metallbranche (75 Tage, plus 7), im Chemiesektor (73 Tage, plus 17) und in der Automobilbranche (55 Tage, plus 22) eingeräumt.

61% der Befragten geben an, dass sie in den vergangenen sechs Monaten von verspäteten Zahlungen ihrer Geschäftspartner betroffen waren. Ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur Umfrage von 2021, bei der 53% von Verzögerungen berichteten. „Bei der Befragung im Jahr 2019, also vor Ausbruch der Pandemie, berichteten jedoch noch über 90% von Verzögerungen. Die Zahlungsmoral ist aktuell also noch deutlich besser als vor Corona“, sagt Grzegorz Sielewicz, Coface-Volkswirt für Zentral- und Osteuropa. Verspätete Zahlungen gingen 2022 im Schnitt rund 52 Tage nach Fälligkeit ein, eine Verbesserung von fast 5 Tagen im Vergleich zu 2021.

Diese Entwicklung ist mit dem Bestreben vieler Unternehmen zu erklären, Lagerkapazitäten und Materialvorräte aufzubauen, um fortlaufenden Preiserhöhungen zu entgehen. Dadurch wurden viele Rechnungen zum Teil früher als gefordert beglichen, um möglichst schnell an die Ware zu kommen. Die makroökonomischen Daten bestätigten diese Entwicklung: Das Wachstum der polnischen Lagerbestände in den letzten sieben Quartalen, also seit Beginn der Erholung nach der Pandemie, hat im Schnitt zu mehr als der Hälfte des BIP-Wachstums beigetragen.

Transport- und Bausektor stark verbessert

Die auffälligsten Verbesserungen verzeichneten die Transport- und die Baubranche, wo Zahlungsverzüge um 37 beziehungsweise 24 Tage kürzer ausfielen. Energieintensive Sektoren, die bereits stark unter den höheren Rohstoffpreisen leiden, verzeichneten hingegen die längsten Zahlungsverzögerungen. „Dazu gehören die chemische Industrie, die Papier- und Holzindustrie sowie die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft. Wobei letztere nicht nur unter den höheren Energiekosten, sondern auch unter den gestiegenen Düngemittelpreisen zu leiden hat“, erklärt Sielewicz. Bei Firmen in diesen Branchen gingen verspätete Zahlungen erst mit einer Verzögerung von durchschnittlich zwei Monaten oder mehr ein.

SCHWEIZ / ZOLL: Keine Agentenpflicht

Waren, die zur endgültigen Einfuhr in das Schweizer Zollgebiet bestimmt sind, müssen zur definitiven Einfuhr angemeldet werden. Die Zollanmeldung erfolgt elektronisch über das Verzollungssystem e-

dec Import. Für die elektronische Anmeldung ist eine Unternehmensidentifikationsnummer (UID) notwendig. Die UID ist keine zollspezifische Identifikationsnummer, sondern kann auch für andere Verwaltungskontakte verwendet werden. Auf der Webseite des Bundesamtes für Statistik erfahren Sie, wo Sie die UID-Nummer erhalten.

Daneben gibt es die Möglichkeit einer Internetzollanmeldung über e-dec web. Eine vorherige Registrierung ist nicht notwendig.

Anmeldepflichtig und somit Zollschuldner ist in erster Linie derjenige, der die Ware über die Grenze bringt (Warenführer) oder bringen lässt (Importeur, Empfänger, Versender). Für die Erledigung der Zollformalitäten können Verzollungsagenturen, Speditions- oder Logistikunternehmen beauftragt werden. Es besteht keine Zollagentenpflicht.

Die Schweiz und die EU haben ein Abkommen über Zollerleichterungen und Zollsicherheit (ZESA) abgeschlossen und bilden einen gemeinsamen Sicherheitsraum. Somit ist keine Vorausanmeldung im Warenverkehr mit der EU notwendig.

Begleitpapiere

Der Zollanmeldung sind folgende Warenbegleitpapiere beizufügen:

Handelsrechnung (2-fach), in einer der Landessprachen mit allen handelsüblichen Angaben

- Proforma-Rechnung, falls erforderlich
- Packliste; eine separate Packliste ist nicht notwendig, wenn die Handelsrechnung alle erforderlichen Angaben enthält.
- Einfuhrgenehmigung/-lizenz, soweit erforderlich
- Präferenznachweis, wenn eine Zollvergünstigung in Anspruch genommen werden soll
- Frachtpapiere (Konnossemente oder Luftfrachtbriefe) je nach Ware sonstige Zeugnisse/Bescheinigungen, sofern erforderlich.

Präferenznachweis

Im Warenverkehr mit der Schweiz ist die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder EUR-MED zu verwenden.

Eine Ursprungserklärung auf der Rechnung ist ebenfalls möglich: Zum einen für ermächtigte Ausführer und zum anderen für alle Ausführer auch ohne Bewilligung bis zu einem Wert von höchstens 6.000 Euro.

Ursprungsregeln sowie den Wortlaut der Ursprungserklärung finden Sie in der Datenbank Warenursprung und Präferenzen.

Einfuhr zum freien Verkehr

Sollen Waren in der Schweiz verbleiben, sind sie zum freien Verkehr abzufertigen. Sofern neben der Zollanmeldung alle erforderlichen Unterlagen vorliegen, erlässt die Zollstelle einen Abgabenbescheid. Geschuldete Eingangsabgaben sind sofort in bar oder bargeldlos zu zahlen. Anschließend werden die Waren freigegeben. Zollbeteiligte, die regelmäßig Waren einführen, können ein zentralisiertes Abrechnungsverfahren nutzen.

Zolllager

Waren, die nicht sofort zum freien Verkehr abgefertigt werden sollen, können zunächst in ein Zollfreilager verbracht werden. Diese Lager werden von privaten Anbietern betrieben. Der Transport in ein Zollfreilager erfolgt in einem zollrechtlichen Versandverfahren. Abgaben sind erst dann zu zahlen, wenn die Waren aus dem Zollfreilager entnommen und zum freien Verkehr abgefertigt werden. Auch die Wiederausfuhr ist möglich.

Vorübergehende Verwendung

Waren, die nur vorübergehend in die Schweiz eingeführt werden, können zur vorübergehenden Einfuhr abgefertigt werden. Zur Wahl steht das Regelverfahren oder die Einfuhr mit Carnet ATA.

Regelverfahren

Im Regelverfahren beträgt die Dauer der vorübergehenden Verwendung zwei Jahre. Eine Verlängerung vor Fristablauf auf bis zu fünf Jahre ist möglich. Für die Dauer der vorübergehenden Verwendung sind bei der Einfuhr Sicherheiten in Höhe der Eingangsabgaben zu zahlen, die bei der Abfertigung zum freien Verkehr zu zahlen gewesen wären (Zoll, gegebenenfalls Verbrauchsteuer, Zollgebühren, Umsatzsteuer). Die Sicherheiten werden erstattet, wenn die Waren fristgemäß wieder ausgeführt werden. Sollen die Waren in der Schweiz verbleiben, muss dies beim Schweizer Zoll angemeldet werden. Die Sicherheiten werden in diesem Fall einbehalten.

Carnet ATA

Für Warenmuster, Ausstellungswaren, Berufsausrüstungen und wissenschaftliche Geräte, die die Schweiz nach der vorgesehenen Verwendung wieder verlassen sollen, bietet sich das ATA-Verfahren an. Als Versandpapier dient das so genannte Carnet ATA. Es wird in Deutschland von den Industrie- und Handelskammern ausgestellt und dient als durchgehendes Versandpapier von Deutschland in die Schweiz und zurück. Als Sicherheit für die beteiligten Zollbehörden dient eine Bürgschaft des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Waren, die mit Carnet ATA eingeführt werden, müssen wieder ausgeführt werden.

Veredelung

Waren, die zur Reparatur oder Verarbeitung in die Schweiz eingeführt und danach wieder in das Herkunftsland ausgeführt werden sollen, können in das Verfahren der aktiven Veredelung überführt werden. Damit kann die Ware zollfrei in der Schweiz eingeführt werden. Umgekehrt sollten Waren, die zur Verarbeitung oder Reparatur aus der Schweiz aus- und nach der Veredelung wiedereingeführt werden, in ein Verfahren der passiven Veredelung überführt werden. Damit ist eine zollfreie beziehungsweise zollvergünstigte Wiedereinfuhr der Waren möglich. Aktive sowie passive Veredelung setzen jeweils eine Bewilligung voraus. Für zollfreie Waren ist ein Veredelungsverfahren nicht notwendig.

Versandverfahren

Ein Versandverfahren dient zur Beförderung von unverzollten Waren bis zum Bestimmungsort (Empfänger oder Zolllager). Die Schweiz nimmt am gemeinsamen Versandverfahren mit der EU teil. Dazu nutzt sie das Neue Computerisierte Transitsystem NCTS. Es dient auch für das nationale Transitverfahren und ist in der Regel nur für Speditionen oder Zollagenten zugänglich.

Osteuropa und Zentralasien

ARMENIEN / INDUSTRIE: Importiertes Rohmaterial von der Mehrwertsteuer befreit

Importierte Waren, die in Armenien als Rohmaterial verwendet werden, sollen an der Grenze von der Mehrwertsteuer befreit werden, berichtet "news.am" unter Berufung auf den stellvertretenden Wirtschaftsminister Armen Arzumanyan. Nach Angaben des stellvertretenden Ministers importiert derzeit eine große Anzahl von Unternehmen, die im industriellen Sektor Armeniens tätig sind, Rohstoffe und Materialien, die es im Land einfach nicht gibt. Sie sind jedoch notwendig, um ein Endprodukt zu erhalten und die Produktion durchzuführen.

"Beim Durchqueren des armenischen Zollgebiets wird bei der Einfuhr dieser Waren die Mehrwertsteuer erhoben, was den Industrieunternehmen zusätzliche finanzielle Aufwendungen abverlangt", so Arzumanyan. Zu diesen Produkten gehören insbesondere Bruteier für Zuchthühner und Masthähnchen, Saatgut von Zuchttieren sowie Saatgerste, Hafer und Weizenkleber. Darüber hinaus wurden Papp- und Blechschachteln und Verpackungsmaterial sowie Baumwoll- und Synthetikfäden auf die Liste gesetzt.

Laut Arzumanyan wird die Befreiung von der Mehrwertsteuer beim armenischen Zollamt für die oben genannten Produkte den Unternehmen helfen, ihr Betriebskapital zu sparen und die Mehrwertsteuer nur im Falle des Verkaufs ihres Endprodukts zu zahlen. "Die Annahme dieser Ergänzungen kann sich

jedoch nur vorübergehend auf die Steuereinnahmen des Staatshaushalts auswirken. Die finanziellen Auswirkungen können neutral sein", fügte der Vertreter der armenischen Regierung hinzu.

KAUKASUS / WIRTSCHAFT & POLITIK: „Korridore“ werden zum Zankapfel

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Blockade der einzigen Straße, die Berg-Karabach mit dem armenischen Kernland über Aserbaidschans Territorium verbindet, steht das Schicksal einer anderen kritischen Transportroute auf der Kippe: der potenzielle "Zangezur-Korridor", berichtet "Eurasianet". Im Waffenstillstandsabkommen, das den Krieg 2020 beendete, erklärte sich Armenien bereit, "die Sicherheit der Verkehrsverbindungen" zwischen dem aserbaidschanischen Festland und der Exklave Nachitschewan zu gewährleisten und den "ungehinderten Verkehr von Personen, Fahrzeugen und Gütern in beide Richtungen" durch armenisches Gebiet zu ermöglichen.

Mehr als zwei Jahre später haben sich die beiden Seiten jedoch noch nicht auf die Umsetzung dieses Abkommens geeinigt. Dies ist nach wie vor das Thema, bei dem beide Seiten am weitesten von einem Kompromiss entfernt sind, und während sich der Prozess hinzieht, droht Aserbaidschan weiterhin mit Gewalt, falls Armenien die Einrichtung der Route nicht zulässt.

Das Versprechen des Korridors und die geopolitischen Vorteile, die er mit sich bringen würde, haben Baku davon überzeugt, seine Offensive im Krieg von 2020 einzustellen und die Präsenz russischer Friedenstruppen in dem Gebiet zu akzeptieren.

Nun aber sieht auch Laurence Broers, Kaukasus-Analystin bei Chatham House: "Zwei Jahre nach dem Waffenstillstand vom November stellen wir fest, dass die wichtigsten Vorteile, die Aserbaidschan als Ausgleich für die russische Stationierung der Friedenstruppen erlangt hat - nämlich die Transitroute durch Armenien -, nicht eingetreten sind. Das könnte dazu führen, dass Baku das Gefühl hat, den Druck auf Armenien erhöhen zu müssen."

Diese Verschärfung erfolgte am 12. Dezember, als eine Gruppe von der aserbaidschanischen Regierung unterstützter Protestierender eine Demonstration auf dem Lachin-Korridor, der Straße nach Berg-Karabach und zurück, begann. Aserbaidschanische Beamte haben immer wieder Parallelen zwischen dieser Straße und dem geplanten Zangezur-Korridor gezogen. Die Aserbaidschaner wollen eine eigene Straße ohne Ein- und Ausfahrten, die vom aserbaidschanischen Kernland zum östlichen Rand Nachitschewans führt, begleitet von einer Eisenbahnlinie und Stromleitungen.

Die einzige Sicherheitspräsenz sollten Beamte des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB sein, der laut dem Abkommen von 2020 "für die Überwachung der Verkehrsverbindungen zuständig" ist. Die armenischen Beamten sollten auf beiden Seiten mindestens 2,5 km entfernt bleiben. Bakus Vertretern zufolge gab es beim Waffenstillstand 2020 eine "mündliche Vereinbarung", die klarstellte, dass "unbehindert" bedeutet, dass es keinerlei Kontrollen von armenischer Seite gibt. Armenien bestreitet die Existenz einer mündlichen Vereinbarung.

Armenien in der Zwickmühle

Die Tatsache, dass Baku eine vollständige russische Kontrolle über die Route vorschlägt, bringt Jerewan in eine Zwickmühle. Russland akzeptiert natürlich den mit dieser Rolle verbundenen Einfluss. Allerdings haben sich die Beziehungen zwischen Armenien und Russland sehr stark verschlechtert, das Misstrauen in Jerewan ist sehr groß, die Bereitschaft, dem FSB die Kontrolle zu überlassen, daher sehr klein.

Armenien wolle entweder die alleinige Kontrolle über die Straße in Syunik oder eine gemeinsame Kontrolle mit den Russen, sagte Benyamin Poghosyan, ein Analyst in Jerewan, der an Gesprächen auf Expertenebene zwischen armenischen und aserbaidschanischen Experten teilgenommen hat. Aus Armeniens Sicht bedeutet 'ungehindert' nicht, dass keine armenischen Offiziere anwesend sein dürfen, ergänzt er. Das harte Feilschen in der Transportfrage kommt in einer Zeit, in der sich das Land zunehmend von Berg-Karabach distanziert.

KIRGISISTAN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Ausfuhrverbot für Bargeld in Fremdwährung

Ein vorübergehendes Ausfuhrverbot für Bargeld aus Kirgisistan wurde eingeführt, bis der entsprechende Beschluss des Ministerkabinetts angenommen wurde, berichtet „Kabar“. Der entsprechende Beschluss wurde vom Vorsitzenden des Ministerkabinetts Akylbek Zhaparov unterzeichnet, um die finanzielle und wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten, die Situation auf dem inländischen Devisenmarkt zu stabilisieren und die nationalen Interessen der Kirgisischen Republik zu schützen. Ein vorübergehendes Verbot wurde festgelegt: - an Gebietsfremde und ausländische Staatsbürger in Höhe von mehr als 5.000 US-Dollar in bar; - Einwohner und Bürger der Kirgisischen Republik in Höhe von mehr als 10.000 Dollar in bar; Falls Einwohner und Bürger der Kirgisischen Republik Bargeld in Höhe von mehr als 10.000 Dollar exportieren, wird eine Gebühr von 10% des Betrags erhoben, der die festgelegte Grenze überschreitet. Der Grenzdienst des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit der Kirgisischen Republik und der Staatliche Zolldienst des Finanzministeriums werden angewiesen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausfuhr von Dollar in bar zu verhindern.

RUSSLAND / FAHRZEUGE: Chinesen erobern den Automarkt

Der Rückzug ausländischer Konzerne, der Mangel an Autos, der Preisanstieg, Lieferprobleme bei Ersatzteilen: Das vergangene Jahr brachte der russischen Automobilbranche viele Probleme. Jetzt ändert sich die Struktur, weil chinesische Marken ihren Marktanteil stark erhöht haben, berichtet "RIA Nowosti". Nach Angaben der Association of European Businesses (AEB) sank der Absatz neuer und leichter Nutzfahrzeuge in drei Quartalen um fast 60%. Nur Lada (um 20%) und chinesische Automarken verzeichneten Zuwächse.

Trotz schwacher nachlassender Nachfrage stiegen die Preise um durchschnittlich 20%. Einer der Schlüsselfaktoren sind die gestiegenen Kosten für Logistikdienstleistungen. Derzeit werden die Lieferungen über Belarus und Kasachstan geleitet mit entsprechendem Aufwand bei der Abfertigung an den Grenzen. Es sei aber unmöglich vorherzusagen, was mit den Logistikzentren im neuen Jahr passieren werde, zumal sich das Risiko Dritter bei der Umgehung westlicher Sanktionen verschärft habe, erklärt Dmitry Polunin, Generaldirektor des Tuningstudios Larte Design.

Neben diesen Kostenfaktoren spielt auch das geschrumpfte Angebot eine Rolle: Durch den Wegzug ausländischer Hersteller fehlten auf der Angebotsseite rund 1 Mio Autos. Solange diese Lücke nicht gefüllt werden kann, wird sich der Markt nicht entspannen.

Da weder "Europäer" noch "Japaner" zu akzeptablen Bedingungen bei Logistik und Bezahlung verfügbar sind, haben die Chinesen die Situation genutzt und ihre Autos auf dem russischen Markt erfolgreicher verkauft als in China selbst. Die aggressive Expansion chinesischer Hersteller ist der auffälligste Trend des Jahres 2022. Sie besetzten schnell 30% des Marktes, und im neuen Jahr werden sie nach Einschätzung von VTB Leasing die 40%-Marke überschreiten. Die Chinesen werden das Budgetsegment der heimischen Autoindustrie - in Konkurrenz zu Lada - priorisieren.

Heimische Unternehmen erhalten staatliche Unterstützung

AvtoVAZ will sich zunächst auf die weniger von Importkomponenten abhängigen Modelle Lada Vesta und Niva konzentrieren. Demnach soll ein Hybrid aus dem chinesisch-französischen Crossover Moskwitsch Konkurrent des Hyundai Creta werden. Heimische Hersteller wie AvtoVAZ profitieren dabei von staatlicher Unterstützung durch hohe Einfuhrzölle auf Neu- und Gebrauchtwagen und die Ausweitung von vergünstigten Autokrediten und Leasingprogrammen.



AvtoVaz hat Beschaffungsprobleme - vor allem bei Mikrochips

AvtoVAZ hat jedoch immer noch Beschaffungsprobleme, insbesondere bei Mikrochips. Daher könne der Preisanstieg höher sein als der Gesamtmarkt und 10% bis 15% betragen. Zudem steige die Nachfrage nach russischen Modellen aufgrund günstiger Preise für Wartung und Komponenten überproportional zum Gesamtmarkt.

Die Chinesen setzen offenbar auch auf die Zugkraft neuer Modelle und Marken: Chery Arizzo oder Ora Lightning Cat sind in der Pipeline. Experten schließen die Einführung spezieller Marken für den russischen Markt wie Chery Omoda nicht aus.

Daneben profitieren chinesische Angebote auch von den staatlichen Programmen für vergünstigte Kredite. Beispielsweise ist Haval Jolion seit September 2022 Teilnehmer an den staatlichen Programmen für den Kauf von Erst- und Familienautos. Andrey Olkhovsky, Generaldirektor der Avtodom Group of Companies, sieht die Chinesen dennoch im Nachteil gegenüber den westlichen Anbietern: Die Verbraucher seien nicht bereit, für chinesische Autos höhere Preise zu bezahlen und würden wieder anfangen, europäische Autos zu kaufen, die durch Parallelimporte geliefert werden.

RUSSLAND / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: Der Aderlass bei Fachkräften...

...und die vergeblichen Bemühungen, sie umzukehren

Die Abwanderung von IT-Fachkräften aus Russland hält auch 11 Monate nach dem Einmarsch in der Ukraine an. Bislang waren die Bemühungen der Behörden, sie zurückzuholen, weitgehend erfolglos. Ende Dezember erklärte das Ministerium für Kommunikation, dass etwa 10% der IT-Beschäftigten das Land 2022 verlassen haben und nicht zurückgekehrt sind. Das sind mehr als 100.000 Menschen.

Eine dem Ministerium nahestehende Quelle sagte "The Bell", dass 35.000 im Frühjahr nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine geflohen seien. Weitere 70.000 bis 80.000 verließen das Land im September, als eine "Teilmobilisierung" angekündigt wurde. Während der ersten Auswanderungswelle verließen Männer und Frauen in etwa gleicher Zahl das Land. Bei der zweiten Welle waren die Männer jedoch zwei Mal so zahlreich wie die Frauen.

Daten von unabhängigen Beobachtern lassen vermuten, dass die offiziellen Zahlen nicht übertrieben sind. So untersuchten Forscher in Österreich die Auswanderungsraten unter Open-Source-Entwicklern anhand von GitHub-Nutzer-Metadaten. Sie berichteten, dass bis Oktober 2022 13,2% der russischen Programmierer ihr Heimatland in ihren Profilen geändert und weitere 13,2% den Verweis auf Russland gelöscht hatten. Das ist um ein Vielfaches höher als die entsprechenden Zahlen in anderen osteuropäischen Ländern.

USA beliebtestes Immigrationsland

Die gleichen Daten zeigen auch die beliebtesten Ziele für russische IT-Experten. Die größte Gruppe, mehr als 10%, ging in die Vereinigten Staaten. Es folgen Deutschland (7,6%), Georgien (6,2), die Niederlande (5,3) und Armenien (4,7). Es ist bemerkenswert, dass nach zwei Auswanderungswellen die Zahl der GitHub-Nutzer in Georgien um 94% und in Armenien um 41% gestiegen ist. Diese beiden Länder des Südkaukasus sind große Nutznießer der russischen Auswanderung - im Jahr 2022 wuchs ihr BIP dank des Zustroms gut bezahlter und hochqualifizierter Russen zweistellig.

Die ersten Auswanderer gingen vor allem in Länder, in denen Russen kein Visum benötigen. Die fünf wichtigsten Zielländer waren: Armenien, Georgien, Türkei, Serbien und Kasachstan. Jetzt jedoch teilt sich die russische IT-Migration in zwei Segmente. Die meisten Angestellten halten sich an die visumfreien Länder, während die Firmeninhaber Ziele wie Zypern, die Vereinigten Arabischen Emirate, die USA sowie EU-Länder ansteuern.

Unterdessen sind die Behörden in Moskau nach wie vor bestrebt, IT-Experten nach Hause zu holen. Das Parlament berät über ein neues Maßnahmenpaket, das unter anderem eine garantierte Befreiung vom Wehrdienst und kostenlose Flüge nach Russland vorsieht, aber auch eine Erhöhung der Einkommenssteuer, wenn die Betroffenen im Ausland bleiben. Weder die Personalvermittlungsagenturen noch die IT-Mitarbeiter, die mit "The Bell" sprachen, sind jedoch sehr zuversichtlich, dass diese Maßnahmen erfolgreich sein werden.

Den Personalvermittlern zufolge wird es für russische Unternehmen immer schwieriger, Fachkräfte einzustellen. So erklärte Diana Dmitrieva, Karriereberaterin bei der Online-Universität Skypro, im Herbst, dass es auf dem russischen Markt an Bewerbern der mittleren und höheren Ebene fehle. Quellen aus der Personalbranche erklärten gegenüber "The Bell", dass insbesondere Banken und IT-Unternehmen Schwierigkeiten hätten, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

Die Abwanderung von Fachkräften ist eines der schwierigsten und unumkehrbaren Probleme, mit denen Russland infolge des Ukraine-Krieges konfrontiert ist. Trotz der Bemühungen der Regierung wird es mit jedem Monat unwahrscheinlicher, dass die Programmierer, die Russland verlassen haben, jemals zurückkehren werden.

USBKISTAN / BANKEN: UzAgroExportBank wird privatisiert

Die Regierung in Taschkent hat dem Verkauf einer der 12 staatlichen Banken Usbekistans zugestimmt und ist damit ihrem Ziel, den privaten Sektor in den Wettbewerb zu bringen, einen Schritt näher gekommen, berichtet "Eurasianet". Dies ist eine der Hauptstrategien der Wirtschaftsreformagenda von Präsident Shavkat Mirziyoyev.

Die Regierung verkauft ihren 100-prozentigen Anteil an der UzAgroExportBank für 5 Mio US-Dollar, teilte die staatliche Vermögensverwaltungsagentur (UzSAMA) Ende letzten Jahres mit.

Der Käufer ist der usbekische Tycoon Olimjon Shodiyev, dem das Unternehmen Support Level gehört, das den Betrag aufbringt. Shodiyev ist ein Neffe von Patokh Shodiyev, der vor allem als einer der Eigentümer der Eurasian Natural Resources Corporation bekannt ist, einem Rohstoffriesen mit Sitz in Kasachstan.

Shodiyev's Support Level hat sich verpflichtet, Millionen von Dollar in die neue Akquisition zu investieren. Kurzfristig wird sie eine Finanzspritze in Höhe von 29 Mrd Som (rund 2,5 Mio US-Dollar) zur Aufstockung des genehmigten Kapitals der UzAgroExportBank bereitstellen. Längerfristig wird sie mindestens 50 Mio Dollar in die Entwicklung der Bankinfrastruktur sowie neuer Technologien und Finanzprodukte investieren.

Sanktionen verhinderten Deal mit Sovkombank

Dies ist eine drastische Wendung des Schicksals in den sechs Monaten, in denen ein geplanter Verkauf an die russische Sovkombank aufgrund der internationalen Sanktionen scheiterte. Dies war ein Rückschlag für die Regierung, die ihre Privatisierungskampagne fortsetzt, die durch Verzögerungen, die nicht von Taschkent zu verantworten sind, von der Pandemie bis zum Krieg, behindert wurde.

Außerdem sind die Bedingungen des jetzt mit Shodiyev abgeschlossenen Abkommens besser als die des gescheiterten mit der Sovkombank.

Diese Bank hatte sich bereit erklärt, den 100-prozentigen Anteil des Staates an der UzAgroExportBank, die landwirtschaftliche Erzeuger und Exporteure betreut, für 4 Mio Dollar zu kaufen, also 1 Mio weniger als Shodiyev zahlt. Der Kaufpreis liegt auch über dem Wert der Bank, den UzSAMA auf 50 Mrd Som beziffert.

Die angeschlagene UzAgroExportBank wurde von der Zentralbank wegen Verstößen gegen die genehmigten Kapitalanforderungen verwarnet. Die Kreditgeschäfte wurden für drei Jahre ausgesetzt, da die Bank mit toxischen Vermögenswerten kämpft, die inzwischen 96% ihres Kreditportfolios von 6,1 Mrd Som ausmachen.

Das ist stratosphärisch höher als der Durchschnitt. Die Quote der notleidenden Kredite im gesamten usbekischen Bankensektor liegt bei nur 4%, bei den staatlichen Kreditinstituten sogar bei 4,3%. Die Verluste der Bank belaufen sich derzeit auf 31 Mrd Som, so UzSAMA.

Kein Wunder also, dass sich die Behörden auf das Angebot von Shodiyev stürzten, das auf Empfehlung der in London ansässigen Beratungsfirma Grant Thornton angenommen wurde. Die UzSAMA hat die Bank weder ausgeschrieben noch versteigert, vermutlich in Anbetracht ihrer desolaten Finanzlage. Die UzAgroExportBank ist ein kleiner Fisch: Sie ist die kleinste der 12 staatlichen Kreditinstitute Usbekistans und hat einen Anteil von nur 0,009% am gesamten Bankenportfolio des Landes. Ihr Verkauf ist jedoch ein Erfolg für Taschkent, das sein ehrgeiziges Ziel verfolgt, den Staatsanteil in dem Sektor von derzeit 78 auf 40% zu halbieren. Die Nachricht folgt auf die Wiederbelebung der Pläne zum Verkauf eines Anteils an einer anderen staatlichen Bank, Ipoteka, an die ungarische OTP Bank, die durch den Krieg ins Stocken geraten waren, nun aber wieder auf Kurs sind.

Naher Osten und mittlerer Osten

SAUDI-ARABIEN / CHEMIE: Hohe Investitionen

Der Ausbau der chemischen Industrie wird in der GCC-Region (Gulf Cooperation Council) weiter vorangetrieben. Im Fünfjahreszeitraum 2017 bis 2021 haben die sechs GCC-Länder die Produktionskapazität des Chemiesektors um insgesamt 19% auf 154 Mio t pro Jahr erweitert, so die im Dezember 2022 von der Gulf Petrochemicals and Chemicals Association veröffentlichten Daten.

Etwa drei Viertel der GCC-Kapazität entfallen auf Saudi-Arabien, gefolgt von Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman, Kuwait und Bahrain. Saudi-Arabien hat 2022 Chemieprojekte für über 2 Mrd US-Dollar fertiggestellt. Die Saudi Basic Industries Corporation (Sabic) gab im Oktober 2022 bekannt, dass eine neue MEG-Anlage (Monoethylenglykol) in Jubail den kommerziellen Betrieb aufgenommen hat. Die Jahreskapazität beträgt 700.000 t. Betreiber ist die Jubail United Petrochemical Company, eine Sabic-Tochter. Die MEG-Anlage ist Teil eines 700 Mio-Dollar-Projekts, zu dem unter anderem auch ein DEG-Werk (Diethyleneglykol, Jahreskapazität: 97.000 t) und eine TEG-Anlage (Triethylenglykol, 5.700 t) gehören. Die Saudi Arabian Mining Company (Ma'aden) konnte 2022 eine 892 Mio Dollar teure Ammoniakanlage in Ras Al Khair fertigstellen. Die Jahreskapazität liegt bei 1,2 Mio t. Es ist das dritte Ma'aden-Ammoniakwerk an dem Standort. Die Energy Chemical Sources Company, ein Joint Venture aus Halliburton und TAQA, vollendete 2022 den Juffali Chemical Complex. Der Bau hat 400 Mio Dollar gekostet und produziert Spezialchemikalien für die Öl- und Gasindustrie. Im März 2022 nahm Halliburton im PlasChemPark eine 80 Mio Dollar teure Anlage für Spezialchemikalien in Betrieb.

Viele Großprojekte in der Bauphase



Saudi Arabien steckt Milliarden in den Ausbau

Die Projektdatenbank MEED Projects listet für Saudi-Arabien im Bau befindliche Chemieprojekte im Wert von 3,6 Mrd Dollar. Davon entfallen 1,3 Mrd Dollar auf ein grünes Wasserstoff-/Ammoniakwerk in der neuen Entwicklungszone NEOM. Die Anlage mit einer Jahreskapazität von 1,2 Mio t Ammoniak entsteht im südlichen Cluster der Oxagon-Industrie- und Hafenzonen. Die Elektrolysetechnik (Kapazität: 2.000 MW) kommt von thyssenkrupp. Ein 4 Mrd Dollar teurer Wind- und Solarkomplex (1,4 GW Wind, 2,9 GW Fotovoltaik) wird den Strom liefern. Larsen & Toubro aus Indien erhielt 2022 den Bauauftrag. Die Advanced Petrochemical Company (APC) hat 2021 den Auftrag zum Bau eines mit 1,6 Mrd Dollar veranschlagten Propylen- und Polypropylenwerks (APOC) in Jubail vergeben. Die Fertigstellung soll bis Ende 2024 erfolgen.

Die APOC ist ein Joint Venture aus einer APC-Tochter, der Advanced Global Investment Company (Anteil: 85%), und der südkoreanischen SK Gas Petrochemical (15%). Die Jahreskapazitäten sollen bei 843.000 t Propylen, 800.000 t Polypropylen und 70.000 t Isopropanol liegen. Die Eastern Petrochemical Company (Sharq) lässt derzeit ihren in Jubail arbeitenden Cracker für 400 Mio Dollar von der China Tianchen Engineering Corporation modernisieren und auf eine Jahreskapazität von 1,3 Mio t erweitern. Sharq kann jährlich 2,4 Mio t Ethylen, 1,6 Mio t Polyethylen und 1,4 Mio t MEG produzieren. Das Unternehmen ist ein Joint Venture aus Sabc und japanischen Partnern. Air Products Qudra, eine Tochter des US-Unternehmens Air Products, lässt in Jubail für 240 Mio Dollar einen integrierten Gas-Hub bauen.

Lange Liste geplanter Projekte

MEED Projects listet über 30 Chemieprojekte im Wert von 37 Mrd Dollar, die 2023 und 2024 vergeben werden sollen. Beobachter gehen aber davon aus, dass es bei vielen Vorhaben zu Verzögerungen kommt. Das größte Chemieprojekt ist die von der Saudi Aramco Total Refining & Petrochemical Company (SATROP) geplante Errichtung des Amiral-Komplexes in Jubail für 11 Mrd Dollar. SATROP gab im Dezember 2022 bekannt, dass die endgültige Investitionsentscheidung nun gefallen sei. Das Vorhaben ist seit über fünf Jahren im Gespräch.

Der Amiral-Komplex besteht unter anderem aus einem Ethylen-Cracker mit einer Jahreskapazität von 1,65 Mio t sowie zwei Polyethylen-Anlagen. Die Bauarbeiten sollen noch im ersten Quartal 2023 beginnen, die Fertigstellung ist für 2027 anvisiert. Bauaufträge wurden noch nicht vergeben. Angebote für neun Teilprojekte im Gesamtwert von 6,5 Mrd Dollar liegen aber bereits vor. Anlässlich des Besuchs des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping im Dezember 2022 haben Saudi Aramco und Sabc mit der China Petroleum and Chemical Corporation (Sinopec) eine Absichtserklärung über eine mögliche Sinopec-Beteiligung an einem mit 5 Mrd Dollar kalkulierten Petrochemiekomplex in Yanbu unterzeichnet. Es handelt sich um das geplante „Yanbu Crude Oil to Chemicals“-Projekt. Das Vorhaben sieht eine Integration mit der Raffinerie in Yanbu vor. Im November 2022 hat der staatliche Public Investment Fund mit südkoreanischen Unternehmen eine Absichtserklärung zur Prüfung eines grünen

Wasserstoff-/Ammoniakprojekts in Yanbu unterzeichnet. Die Investitionen werden mit 6,5 Mrd Dollar veranschlagt.

TÜRKEI / KONJUNKTUR: „Betreten verboten wegen Einsturzgefahr“

Die Weltbank sieht das Wachstum in der Türkei weiterhin durch große Risiken belastet, insbesondere die hohe Inflation und die wachsende Anfälligkeit gegenüber externen Faktoren durch die starke Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits. Das Wachstum des laufenden Jahres wird mit 2,7% gegenüber dem Vorjahr (4,7%) zurückgehen. Antriebskräfte liefern die erhöhten Staatsausgaben im Vorfeld der Wahlen im Juni 2023, was dem Rückgang der Exporte und der Binnennachfrage bei anhaltender Inflation und erhöhter politischer Unsicherheit entgegenwirken soll.

Im Hintergrund steht der massive, politisch erzeugte Nachfrageüberhang. Die Geldpolitik hat die Leit-zinsen auf 9% gesenkt, trotz der in den dreistelligen Bereich tendierenden Inflationsrate wird an diesem Kurs festgehalten. Hinzu kommt eine überexpansive Fiskalpolitik, mit der Präsident Erdogan seinen Wahlkampf unterstützt, flankiert von der Verdreifachung des Mindestlohns zwischen Dezember 2021 und Januar 2023. Dieses massive Konjunktur-Doping brachte zusammen mit der Erholung des Tourismus zwar neues Wachstum, allerdings auf Kosten einer Verschlechterung der Auslandsposition und der sich weiter beschleunigenden Inflation.



Erdogan zerrinnen die Währungsreserven zwischen den Fingern

Die jüngst von der Notenbank TCMB publizierte Zahlungsbilanz für Januar bis November 2022 zeigt eine dramatische Verschlechterung der Leistungsbilanz. Das Defizit über diese 11 Monate hat sich von 4,06 Mrd US-Dollar auf 41,8 Mrd glatt verzehnfacht. Und diese Verzehnfachung unterzeichnet noch die Dramatik, dass die Zahlen für 2022 eine beachtliche Erholung des Tourismus enthalten, der in der Dienstleistungsbilanz erfasst wird. Deren Überschuss verdoppelte sich von 29,5 Mrd Dollar auf 48,2 Mrd in diesem Zeitraum.

Steigende Exporte können Schuldenexplosion nicht aufhalten

Das verliert angesichts des Schubs bei den Einfuhren von 226,5 Mrd Dollar auf 312,1 Mrd an Bedeutung. Diese Schuldenexplosion konnte die Exportwirtschaft nicht kompensieren. Da nützen auch die zusätzlichen Erträge aus der Umgehung der Sanktionen im Dienste Russlands nicht mehr viel. Stattdessen beobachtet die Weltbank einen Qualitätsverlust im türkischen Finanzsystem. Demnach ist das Gesamtniveau der notleidenden Schulden (nicht ordnungsgemäß bediente plus ausfallgefährdete Kredite) stark angestiegen. Das sehen die Teilnehmer der internationalen Finanzmärkte offenbar ähnlich, wie sich aus den Positionen ersehen lässt, die Auskunft zur Finanzierung des Defizits der Leistungsbilanz geben. Aus dem Nettozufluss von rund 4,2 Mrd Dollar bei den Portfolio-Investments (kurzfristige Mittel) wurde ein Abfluss von fast 9,7 Mrd Dollar. Die längerfristigen Direktinvestitionen blieben mit 11,5 Mrd Dollar stabil. Der Löwenanteil der Zuflüsse wurde bei den nicht näher aufgeschlüsselten „anderen Investments“ durch Zentralbank und das Bankensystem aufgebracht und dürfte überwiegend kurzfristig terminiert sein. Besonders bedenklich: Die Währungsreserven schrumpften innerhalb der 11 Monate von 37,1 Mrd Dollar auf 9,9 Mrd. Rechnerisch wird im März die Null erreicht. Sollte Erdogan nicht bis Ende des laufenden Quartals frisches Geld auftun, muss er wohl beim IWF Farbe bekennen oder gar mit dem Pariser Klub verhandeln - wenige Wochen vor der Wahl. Aus der Baustelle „Türkei“ wird langsam eine einsturzgefährdete Ruine.

WELT / AUSSENHANDEL: Grünere und diversifiziertere Lieferketten haben ihren Preis

Zum Jahresbeginn 2023 entspannen sich die Probleme in den Lieferketten. Diese hatten einen Großteil der Jahre 2021 und 2022 die Welt in Atem gehalten. Doch das neue Jahr bringt neue Herausforderungen mit sich: die Zunahme des "grünen Protektionismus" und die verstärkten Bemühungen multinationaler Unternehmen, sich von China weg zu diversifizieren. Diese beiden miteinander verknüpften Trends versprechen beide langfristig erhebliche Vorteile - vor allem einen lebenswerteren Planeten und eine widerstandsfähigere globale Lieferkette. Sie werden aber zugleich wohl erhebliche Kosten für Unternehmen und Verbraucher mit sich bringen.

Der größte offensichtliche Verlierer beider Trends ist China. Das Reich der Mitte steht noch im Zentrum der globalen Lieferketten, was ihm erheblichen geopolitischen Einfluss verleiht, und ist außerdem der weltweit größte Energieverbraucher. Das von der EU geplante CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) zur Vermeidung der Verlagerung von Kohlendioxidemissionen - im Wesentlichen eine Abgabe auf energieintensive Importe wie Stahl aus Ländern mit niedrigeren Kohlendioxidsteuern als in der EU - bedroht auch US-Exporte nach Europa. China wird jedoch so wie die Steuer strukturiert ist, mit am stärksten betroffen sein.

Ein Teil bestimmter energieintensiver chinesischer Industrien - beispielsweise Aluminium und Polysilizium - wird mit sauberer Wasserenergie betrieben. Aber insgesamt ist das chinesische Stromnetz immer noch weitaus stärker von Kohle abhängig als das der meisten großen Volkswirtschaften, einschließlich der USA. Chinas eigene Kohlenstoffpreise, die derzeit nur für den Energiesektor gelten, können zwar von Europas Steuerplan abgezogen werden, sie sind aber nur etwa ein Zehntel so hoch.



Europäische Autozulieferer könnten vermehrt in andere Länder abwandern

Vielleicht gelingt es Europa, einige seiner angeschlagenen, energieintensiven vorgelagerten Industrien wie die Metallverhüttung am Leben zu erhalten. Aber wichtige europäische nachgelagerte Sektoren wie die Automobilindustrie dürften die Kosten in Form von teureren Grundmaterialien tragen. Alternativ dazu könnten einige Autozulieferer, die derzeit in der EU ansässig sind, in andere Länder abwandern, um sich weiterhin Zugang zu billigen Grundstoffen wie Metallen zu sichern. Und wenn die US-Subventionen für Elektroautos nicht angepasst werden, könnten die europäischen Autohersteller durch höhere Materialkosten als in den USA und China in Bedrängnis geraten. Zugleich wären sie dann in beiden Ländern auch preislich nicht wettbewerbsfähig.

Die US-Automobilhersteller hingegen werden die Schaffung teurer vorgelagerter Lieferketten für Batterien und Mineralien subventionieren müssen, während sie auf billige chinesische Batterien verzichten, die bereits jetzt erhältlich sind. Und die US-Verbraucher könnten gezwungen sein, für minderwertige, relativ teure, im Inland produzierte E-Fahrzeuge für den Massenmarkt zu bezahlen. Das wäre

der Fall, wenn die chinesischen Hersteller von Billig-E-Fahrzeugen zu dem Schluss kommen, dass der US-Markt mehr Ärger macht als er wert ist.

WELT / KONJUNKTUR: Deutschland fällt als Wirtschaftsstandort zurück

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat sich im internationalen Vergleich deutlich verschlechtert und kann mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten. Nach einer Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen befindet sich Deutschland in der aktuellen Rangliste auf Platz 18, vier Plätze schlechter als beim vorhergehenden Länderindex aus dem Jahr 2020. Angeführt wird die Rangliste unverändert von den USA, gefolgt von Kanada, Schweden und der Schweiz.

Laut der Studie, die aus der Perspektive großer Familienunternehmen die für diese Betriebe besonders bedeutsamen Standortvoraussetzungen in Deutschland denjenigen wichtiger Wettbewerberländer gegenüberstellt, gibt es hierzulande keinerlei Anzeichen für eine Aufwärtsbewegung. Nur Ungarn, Spanien und Italien schneiden noch schlechter ab als Deutschland.

"Der Industriestandort Deutschland hat dramatisch an Qualität verloren. Gerade die hohen Energiepreise, an denen wir wenig ändern können, müssten doch Anreiz bieten, die übrigen Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern", erklärte Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. "Im internationalen Vergleich auf den hintersten Plätzen - das ist nicht das Feld, in das wir gehören."



Das Verhältnis Arbeitskosten und Produktivität zeigt einen ungünstigen Trend

Auch abseits des Themas Energie lassen sich laut Studie keine Standortfaktoren finden, bei denen für Deutschland eine klare Aufwärtsbewegung zu verzeichnen wäre. Der mit Abstand größte Aktivposten des deutschen Standorts bleibt demnach der Bereich der Finanzierung, in dem das Land die Spitzenposition einnimmt.

Im Zeitverlauf lasse sich allerdings ablesen, dass sich Deutschland bei Steuern, Regulierung und Infrastruktur negativ entwickelt habe. Auch das Verhältnis Arbeitskosten und Produktivität zeigt demnach einen ungünstigen Trend im Vergleich zu den Wettbewerbern, so das Ergebnis der Studie.

Bei der Steuerlast für Familienunternehmen rangiert Deutschland der Untersuchung zufolge weiterhin auf dem vorletzten Platz - bedingt vor allem laut ZEW durch die Untätigkeit der deutschen Steuerpolitik.

Der Spitzenstandort USA zeigt in der Studie hingegen herausragende Ergebnisse bei den Standortfaktoren Energie und Regulierung. ZEW-Ökonom und Studienautor Friedrich Heinemann betonte allerdings, dass diejenigen, die die Vereinigten Staaten als unschlagbar attraktiven Standort auch für deutsche Unternehmen betrachten, die dort überdurchschnittliche Inflation nicht vergessen dürften. Der Preis- und Lohndruck sei hoch in den USA. Verbunden mit der Dollar-Aufwertung mindere das die Attraktivität des Standorts.

"Die überdurchschnittlich stark inflationären USA verlieren sehr stark an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, weil die hohe Inflation in Amerika noch dazu mit einer Dollar-Aufwertung einhergeht", heißt es in der Studie.

WELT / KONJUNKTUR: Handelsströme verlagern sich, werden aber nicht zurückgedreht

Der Begriff "Deglobalisierung" ist in aller Munde. Doch eine Umkehr der Globalisierung wird wohl nicht passieren. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Handelsströme weiter umgeschichtet werden, was neue geopolitische Gewinner hervorbringt - wenn sie klug genug sind, die Vorteile zu nutzen.

Der Welthandel hat 2022 einige schwere Schläge einstecken müssen. Russlands Rohstoffströme nach Europa schrumpften auf ein Rinnsal. Lockdowns in China unterbrachen weiterhin die Lieferketten. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden führte umfangreiche Subventionen für die Herstellung von Halbleitern und Batterien für Elektrofahrzeuge in den USA ein - Industrien, die aktuell von Asien dominiert werden. Auf Unternehmensebene beschleunigte Apple nach den Unruhen im chinesischen Zhengzhou Pläne zur Diversifizierung der iPhone-Produktion weg von China.



Mexiko profitiert zusehends vom Handelskrieg zwischen den USA und China

Politiker preisen gerne die nationale Sicherheit und die Arbeitsplätze im eigenen Land an, aber das ist nicht leicht zu erreichen. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat bereits 2018 mit seinen Zöllen auf chinesische Produkte eine Welle an Diskussionen über eine Deglobalisierung ausgelöst. Bislang haben diese dazu geführt, dass die US-Importe aus südostasiatischen Ländern wie Vietnam, Indonesien und Thailand auf Kosten Chinas zugelegt haben, anstatt die Importe insgesamt zu verringern.

In ähnlicher Weise hat der Ukraine-Krieg die globale Energielandkarte neu gezeichnet. Er verlagerte die russischen Energieexporte nach China sowie Indien um, und die europäischen Importe kommen inzwischen zumeist aus den USA und dem Nahen Osten, ohne die EU-Selbstversorgung zu verbessern. Europa möchte dies durch den Ausbau der erneuerbaren Energien ändern, doch ist das ein langfristiger Plan, der ironischerweise die Einfuhren von Nicht-Energie-Rohstoffen wie Kupfer erhöhen dürfte. Es ist bezeichnend, dass Windparkprojekte derzeit durch verschlungene globale Lieferketten sowie lokale Genehmigungsengpässe aufgehalten werden.

Es ergibt Sinn, dass sich die Globalisierung nicht so einfach umkehren lässt. Die Rückkehr der Inflation seit der Pandemie erinnert uns daran, dass die Verbraucher die Kosten größerer Handelsbeschränkungen nicht so einfach akzeptieren. Subventionen können in einigen wenigen politisch sensiblen Branchen wie Mikrochips und Batterien den Ausschlag geben. Aber selbst dort werden sich neue Handelswege eröffnen oder bestehende ausweiten, um die bedrohten zu ersetzen. So dürften beispielsweise neue Batteriefabriken in den USA große Mengen Rohstoffe aus Bergbauregionen wie Australien, Chile und Kanada benötigen.

Als weiterer großer Gewinner des Handelskriegs zwischen den USA und China könnte sich Mexiko entpuppen. Das Land hat niedrigere Löhne als China, einen etablierten Produktionssektor, der sich auf die Automobilindustrie stützt, und die perfekte geografische Lage, um den US-Markt zu bedienen. Und das gilt insbesondere seit dem Aufkommen von Videokonferenzen, die die Bedeutung derselben Zeitzone erhöht haben. Analysten der Bank of America sehen bereits Anzeichen dafür, dass dies

geschieht, da die US-Importe mexikanischer Industrierzeugnisse im Oktober um etwa 60% höher ausfielen als vor der Pandemie.

WELT / ROHSTOFFE: Preise rechtfertigen leichten Optimismus

Die Rohstoffbullen sind bereit für einen langen Lauf. Die Chancen stehen gut, dass die Preise für Industriemetalle im Jahr 2023 zumindest höher liegen werden als heute. Es gibt jedoch einige wichtige Vorbehalte, insbesondere für den wirtschaftlichen Leitstern Kupfer.

Zumindest im Moment haben die Bullen aber das Sagen. Drei-Monats-Kupfer-Futures werden an der Londoner Metallbörse (LME) mit 9.100 US-Dollar pro Tonne gehandelt und haben laut Factset im Jahr 2023 bereits um 9% zugelegt. Aluminium-Futures haben um 13% an Wert gewonnen. Und die Eisenerzpreise haben sich nach Angaben des Datenunternehmens CEIC von Anfang November bis Ende 2022 um fast 50% hochkatapultiert.

Die Weltwirtschaft erweist sich als widerstandsfähiger, als viele erwartet hatten. So bieten die Wiedereröffnung Chinas und eine wohl stärkere Unterstützung des angeschlagenen chinesischen Immobilienmarktes durch Beijing den Metallpreisen Unterstützung. Aber auch die Daten aus den USA und Europa haben nicht enttäuscht. Die Inflation in den USA ist nach wie vor hoch, weist aber inzwischen einen klaren Abwärtstrend auf. Und der milde Winter in Europa hat den Schaden durch die hohen Erdgaspreise begrenzt. Gleichzeitig sehen die Metallvorräte niedrig aus. Den Daten der LME zufolge rangierten sie Ende Dezember um mehr als 50% niedriger als zu Beginn des Jahres 2022. Der Rückgang der Aluminiumbestände war besonders drastisch. Sie lagen Ende des Vorjahres bei 447.250 t gegenüber mehr als 900.000 t zu Beginn des Jahres 2022. Auch die Aluminiumbestände an der Shanghai Futures Exchange beendeten das Jahr mit einem deutlichen Rückgang.

Hoffen auf chinesische Konjunkturlokomotive

Es ist also keine Überraschung, dass die Industriemetalle stark anziehen - vor allem angesichts der guten Aussichten auf einen sehr starken Aufschwung der chinesischen Wirtschaftstätigkeit nach dem Mondneujahrsfest. Dennoch gibt es ein paar wichtige Vorbehalte. Erstens sind der Zeitpunkt und das Ausmaß der Erholung des chinesischen Immobilienmarktes nach wie vor recht unsicher. Während die Haushalte auf hohen Ersparnissen sitzen, sind die chinesischen Kreditdaten - oft ein guter Frühindikator für den Wohnungsmarkt - bestenfalls uneinheitlich. So kletterte das Wachstum der mittel- und langfristigen Kredite an Haushalte, von denen ein Großteil auf Hypotheken entfällt, im Dezember auf saisonbereinigter, annualisierter Basis von 4,8% im November auf 5,3% gegenüber dem Vormonat. Das zeigen Daten von Goldman Sachs. Und das Gesamtwachstum der ausstehenden, gesamtwirtschaftlichen Fremd- und Eigenkapitalfinanzierung verlangsamte sich weiter auf 9,6% im Jahresvergleich, verglichen mit 10% im November.

Chinas Wirtschaft muss sich erst noch aus einem tiefen Loch befreien. Der offizielle Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe ging im Dezember weiter zurück und erreichte mit 47 den schwächsten Wert seit Februar 2020. Die Einfuhren der meisten wichtigen Industrierohstoffe, mit Ausnahme von Öl, gingen laut ANZ Bank im Dezember ebenfalls zurück. Zweitens könnte die US-Notenbank Fed die Anleiheinvestoren noch eines Besseren belehren und Ende 2023 an ihrer harten Haltung festhalten. In diesem Fall dürfte sich die Kombination aus einem stärker als erwarteten Dollar und einer möglicherweise harten Rezession in den USA als giftige Mischung für Rohstoffe erweisen.

Vorsicht ist Mutter der Porzellankiste

Drittens haben sich die Kupfervorräte an der LME weitaus besser gehalten als die von Aluminium und Zink. Nach Angaben von Wind sind die Kupferbestände im Jahr 2022 im Wesentlichen unverändert geblieben und nicht etwa gesunken. Die Kupferpreise werden in den nächsten Jahren von der neuen Nachfrage aus dem Feld der sauberen Energien profitieren. Aber kurzfristig sind die Lagerbestände und China wahrscheinlich immer noch die wichtigsten Einflussfaktoren. Die besser als erwarteten Aussichten für alle drei großen Wirtschaftsmotoren der Welt - die USA, China und Europa - geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Für Rohstoffinvestoren könnte jedoch Vorsicht das Gebot der Stunde sein, bis in diesem Frühjahr klarere wirtschaftliche und geldpolitische Signale aus China und den USA kommen.

WELT / UMWELTSCHUTZ: Minderung grenzüberschreitender Risiken

Die Beringstraße - eine etwa 53 Meilen breite Meerenge zwischen dem russischen Fernen Osten und Westalaska - ist ein "internationales Tor" für Schiffe und Meeresbewohner gleichermaßen. Obwohl in der Vergangenheit eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen Russland und den Vereinigten Staaten über die gemeinsame Seegrenze hinweg stattfand, erschwert die zunehmende Isolation Moskaus die Bewältigung gemeinsamer Risiken im Seeverkehr an diesem wachsenden ökologischen und maritimen "Engpass".

Durch den Rückgang des Meereises sind die arktischen Gewässer besser befahrbar geworden, was zu einer Zunahme des Seeverkehrs geführt hat, insbesondere entlang der Nördlichen Seeroute (NSR). Die NSR verläuft entlang der arktischen Küste Russlands und transportiert Ressourcen wie Flüssigerdgas, das in der Arktis produziert wird. Die Schifffahrt birgt komplexe Risiken für das Meeresleben und die Gemeinden auf beiden Seiten der Beringstraße. Dazu gehören die Verschmutzung durch Treibstoff oder Ladung bei Grundberührungen oder Kollisionen, die Störung oder Vertreibung von Meeressäugern durch Schiffslärm, der Zusammenstoß von Schiffen mit Walen und Seevögeln, die Gefährdung des menschlichen Lebens, die Einschleppung invasiver Arten und vieles mehr. Diese Gefahren werden durch den raschen Klimawandel in der Region noch verschärft.

Die Minderung dieser Risiken ist für das marine Ökosystem der Beringstraße und die Küstengemeinden lebenswichtig. Angesichts des geopolitischen Klimas und der Tatsache, dass sich die Arktis viermal schneller erwärmt als der globale Durchschnitt, sind neue Lösungen erforderlich, um die Gefährdung der Region zu verringern. Einem Bericht des WWF zufolge könnten zu den möglichen Instrumenten dynamische, auf die Schiffsgröße und -klasse zugeschnittene Seefahrtsmaßnahmen gehören, die den Wetterbedingungen, den Jahreszeiten und den Wandlungsmustern der Wildtiere Rechnung tragen. Darüber hinaus würde die Einrichtung eines zu meidenden Gebiets (Area to Be Avoided, ATBA) dazu beitragen, Schiffe von sensiblen Gebieten fernzuhalten. Vorschriften für das Ablassen von Wasser, einschließlich Ballast- und Grau-/Schwarzwasser, würden ebenfalls empfindliche Gebiete schützen. Andere Experten haben auf die Möglichkeit hingewiesen, in der Beringstraße ein besonders empfindliches Seegebiet als weitere Schutzmaßnahme einzurichten.

Sensible Seestraße mit Schlüsselrolle

Die Beringstraße gilt als "Autobahn" für die Meeresfauna und -flora: Tausende Wale, Eisrobben, Walrosse und Seevögel durchqueren jedes Jahr die Beringstraße, um Brut- und Futtergebiete zu erreichen. Diese Wanderungen sind ein wesentlicher Bestandteil für die Lebensweise der Küstengemeinschaften, einschließlich der sibirischen Yupik, Zentral-Yupik, Tschuktschen und Inupiaq, deren Kultur und Ernährungssicherheit auf dem vielfältigen Ökosystem der Beringsee beruht. Der Klimawandel hat jedoch drastische Auswirkungen auf dieses System.

Durch den Verlust des Meereises hat sich die Zahl der Schiffspassagen in der Beringstraße vervielfacht. Im Jahr 2009 waren es 262, 2021 hat sich diese Zahl auf 555 Passagen mehr als verdoppelt. Hauptsächlich befahren Öltanker, lokale Lieferschiffe, Frachter und LNG-Tanker die Meeresstraße.

Prognosen, die vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erstellt wurden, besagen, dass der NSR-Verkehr bis 2030 150 Millionen und bis 2035 220 Millionen Tonnen erreichen wird. Im Jahr 2021 lag das Gesamtvolumen bei 34,9 Millionen Tonnen. Obwohl Russlands Ambitionen zur Entwicklung der NSR durch den Krieg in der Ukraine erschwert werden, hat Moskau diese Ziele nicht aufgegeben und versucht, sich an asiatische Partner zu wenden, um Kapital und Märkte für seine arktischen Ressourcen zu erschließen. Infolgedessen könnte das Potenzial für Umweltkatastrophen in der Beringsee weiter zunehmen.

Komplexe Fragen beim Management der Seerouten

Darüber hinaus ist die Beringstraße eine internationale Meerenge, was die Verwaltung noch komplexer macht, vor allem im Hinblick auf den weltweit wachsenden Seetransit. Auf einer internationalen Seestraße haben alle Schiffe das Recht auf Durchfahrt. Freiwillige Schifffahrtsrouten wurden durch

die Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland im Rahmen eines gemeinsamen Vorschlags an die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) im Jahr 2018 eingerichtet. Der Vorschlag sieht die Einrichtung von Schifffahrtswegen in beide Richtungen in der Beringsee und im Arktischen Ozean vor. Diese Maßnahmen sind nach dem UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) zulässig, um eine sichere Durchfahrt zu gewährleisten. Da die Beringstraße von den USA und Russland gemeinsam genutzt wird und die Seegrenze in der Mitte verläuft, sind die beiden Staaten gemäß UNCLOS verpflichtet, beim Schiffsverkehrsmanagement zusammenzuarbeiten.

Eine belastbare, nachhaltige Beringstraße entwickeln

Da die arktischen Gewässer zunehmend schiffbar werden, wird der Transit weiter zunehmen. Sicherheitsplanung, Datenerfassung und Präventivmaßnahmen sind von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Meeresökosysteme und die Anpassung an die sich verändernden Gegebenheiten in der Beringstraße. Auch wenn die russische Invasion in der Ukraine die arktische Zusammenarbeit insgesamt behindert, muss diese aufgrund der hohen Umweltrisiken fortgeführt werden.

Zwar werden die USA und Russland im Notfall weiterhin über die laufenden Vereinbarungen zwischen den Küstenwachen zusammenarbeiten, doch ist mehr nötig, um die Widerstandsfähigkeit der Region zu stärken und Umweltkatastrophen zu verhindern. Es gibt praktische Maßnahmen, die auch ohne russische Kooperation umgesetzt werden können, um die Beringstraße besser zu schützen.

Aus amerikanischer Sicht kann die Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Partnern, einschließlich lokaler indigener Gemeinschaften, Kanada, Nichtregierungsorganisationen, dem Bundesstaat Alaska und der Industrie, dazu beitragen, das Bewusstsein für das Gebiet der Beringstraße zu schärfen und es besser zu schützen. Die aktualisierte Nationale Strategie der USA für die arktische Region unterstreicht die Notwendigkeit "enger Partnerschaften", um "faktengestützte Entscheidungsfindung" zu ermöglichen. Die Nutzung dieser Partnerschaften sowie die Investition von Zeit und Ressourcen in Datennetze in der Beringstraße werden die Region für künftige Katastrophen sicherer machen.

Darüber hinaus sind verstärkte Schutzmaßnahmen wie Einleitungskontrollen, ATBAs oder dynamische Schutzmaßnahmen angesichts der doppelten Risikobelastung der Region wichtig: die schnellen und eskalierenden Auswirkungen des zunehmenden Schiffsverkehrs und des Klimawandels. Die Ölkatastrophe der Exxon Valdez in Alaska im Jahr 1989 ist der Beweis dafür, dass Untätigkeit zu drastischen Umweltfolgen führen kann.